

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.

24%, Sgr.

Bekanntungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 11. Dezember. Se. Majestät der König haben Allerhöchstes ergeboten: Dem Sergeanten Beyer im Jägerbataillon Nr. 9. das Militär-Ehrenzeichen zweiter Klasse zu verleihen; den bisherigen Staatsprokurator Wolff in Hanau zum Obergerichtsrath dafelbst, sowie den Stadt- und Kreisrichter Hempel in Magdeburg zum Stadt- und Kreisgerichtsrath, desgleichen den evangelischen Pfarrer Trinius in Bielefeld im Regierungsbezirk Posen, und den katholischen Pfarrer Wodecki in Neuenburg in Westpreußen zum Seminardirektor zu ernennen.

Telegramme der Posener Zeitung.

König, 10. Dezember, Abends. Die "Kölner Zeitung" meldet aus Paris: Das Budget des Kriegsministeriums für 1867 ist festgestellt. Die ordentlichen Ausgaben betragen 346,762,797 Frs., die außerordentlichen 4,801,000 Frs. Unter den ordentlichen finden sich Personal und Material des Kriegsministeriums und Kriegsdepots mit 2,614,538 Frs. Die Gehälter der Marschälle, Generäle, Oberoffiziere des Generalstabes, Intendanturbeamten und der Stäbe der Festungs-, Artillerie- und Genietruppen betragen 22,001,086 Frs. Der Sold der Kaiserl. Gensd'armerie und Garde von Paris 49,615,034 Frs.. der Sold des stehenden Heeres 271,551,478 Frs.; Erhaltung und neue Anschaffungen für Artillerie und Geniewesen erfordern 15,950,890 Frs.; Militärschulen, Invalidenstiftungen, Wartegelder, Unterstützungen und geheime Ausgaben 17,030'857. Ein eventueller Kredit von 2,800,000 Frs. wird für neue Einschreibungen und für Aufbesserung der Militärpensionen für 1867 in Aussicht genommen. Das außerordentliche Budget hat zwei Partien: 1) für Arsenalbauten, Handfeuerwaffen und Militärwerkstätten 1,470,000, 2) für Etablissements und Material des Ingenieurkorps, für Festungsbauten und Küstenverteidigung rd. 3,401,000 Frs.

Wien, 10. Dezember. Der Präsident des serbischen Senats, Marinovitch, ist hier eingetroffen und macht dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten seine Aufwartung. Morgen findet im Ministerium des Aeußern die Unterzeichnung des österreichisch-französischen Handelsvertrages statt.

Florenz, 10. Dezemb.r. Die Ansprache, welche der Papst an die Offiziere des 85. Regiments beim Abschied gehalten hat, lautet nach der "Nazione": Ich sage ihrer Fahne Lebewohl, welche von Frankreich hierher getragen wurde, um den heiligen Stuhl wieder herzustellen. Als sie Frankreich verließ, war sie von den ehmüthigen Wünschen der Nation begleitet. Diese Fahne kehrt jetzt nach Frankreich zurück. Ich bin überzeugt, daß die Gewissen nicht befriedigt sind. Ich wiunsche, daß die Fahne in ihrer Heimath mit denselben Gefühlen empfangen werde, welche sie begleiteten, als sie die Heimath verließ. Gleichwohl zweifle ich daran. Mai muß sich keine Illusionen machen. Die Revolution wird vor die Thore Roms dringen. Man sagt, Italien sei jetzt geschaffen, ich erwähne nein! und wenn Italien besteht, wie es besteht, so geschieht dies, weil es einen Fleck Erde gibt, auf welchem ich stehe. Existiert dieser Fleck nicht mehr, so wird das revolutionäre Banner in der Hauptstadt wehen. Um mich zu beruhigen, versucht man, mich davon zu überzeugen, daß Rom durch seine Lage nicht die Hauptstadt Italiens sein könne. Ich bin ruhig, durch mein Vertrauen in die göttliche Macht. Gehet nach Frankreich mit meinem Segen. Mögen diejenigen, welche dem Kaiser nahen dürfen, ihm sagen, daß ich für ihn und die Seinigen und für seine Ruhe bete. Aber seinerseits muß auch der Kaiser etwas thun. Frankreich nennt sich die älteste Tochter der Kirche, aber Titel genügen nicht; Frankreich muß es durch seine Thaten beweisen.

Der Norddeutsche Bund.

Bei der allgemein herrschenden Ungewissheit über die Form des neu zu schaffenden Bundes beginnt sich in demokratischen Kreisen die Meinung zu bilden, daß es schließlich wieder zu einer Art Bundestag kommen und der alte Bund somit unter einigen Modifikationen, sich mit Ausschluß Ostreichs rekonstituieren werde. Dem gegenüber taucht in der "Volkspartei" das Verlangen nach Einigung Deutschlands in demokratischer Staatsform auf, die erbliche Centralgewalt und ein Kleindeutschland unter preußischer Führung wird verworren. Wenigstens hat der Dresden Volksverein in diesem Sinn sein Programm aufgestellt, und in Süddeutschland wird dasselbe bald Anschluß finden. Das praktische Mögliche hat ja die "Volkspartei" so wenig im Auge, sie wird auch jetzt bereit sein, für ihre Ideale den Norddeutschen Bund Preis zu geben, sie, die nicht begreift, daß ein neues Gesamtdeutschland sich nur stufenweise entwickeln kann.

Man muß darauf rechnen, daß die gemäßigten Parteien sowohl im Norden als im Süden siegen und das Zustandekommen des Norddeutschen Bundes in seinen bisher bestimmten Grenzen sichern werden, wenn nicht in der That der Bund wieder gesprengt oder demselben eine Form gegeben werden soll, die ihm den Charakter eines Fürstenbundes anhaftet.

Unter allem Widrigen und Verworrenen läßt sich ein gut klingende Stimme aus Süddeutschland hören, welche Beachtung verdient. Es ist ein Schreiben der Stuttgarter Mitglieder des Landeskommittés der deutschen Partei an den geschäftsführenden Ausschuß des liberalen Central-Wahl-Kommittés für den Norddeutschen Reichstag in Berlin und lautet:

Geehrte Herren!

Wir, die unterzeichneten geschäftsführenden Mitglieder des Landeskommittés der deutschen Partei in Würtemberg, beehren uns, Ihnen hiermit unser volles Einverständnis mit den in dem Aufruf des liberalen Wahlkommittés vom 12. November ausgesprochenen Ansichten zu erklären. Indem die Vorbereitungen zu einem Parlament getroffen werden, in welchem die süddeutschen Bevölkerungen nicht vertreten sind, empfinden wir es lebhafter, daß die durch die letzten Verträge geschaffene Ordnung der Dinge, wenn auch ein Fortschritt und notwendiges Mittel zur Einigung Deutschlands, doch eine Schranke gezogen hat, deren künftige Besie-

tigung die dringendste Aufgabe der Patrioten diesseits und jenseits sein muß. — Mit Freuden ersehen wir aus Ihrem Aufruf, daß wir uns mit Ihnen in dieser Auffassung begegnen. In diesem Sinne wünschen wir Ihnen für die bevorstehenden Wahlen den besten Erfolg, indem wir unsererseits unsere Bestrebungen für die ersehnte Einigung fortsetzen, und senden Ihnen herzlichen Gruß. Hochachtungsvoll: F. Hölder, Abgeordneter. Pfeifer, Direktor der Lebensversicherungsbank. Dr. Wächter, Rechtsanwalt. A. Kielmeyer. Dr. Eduard Pfeifer, Partik. Dr. Fr. Motter, Schriftsteller. Dr. Feuer, Rechtskonsulent, Abgeordneter. Fr. Chevalier, Kommerzienrat. Dr. W. Lang, Redakteur. Gust. Müller, Kaufmann. Max Römer, Rechtsanwalt. Julius Stücklen, Privatier. Stuttgart, 5. Dezember 1866.

Es ist wesentlich, daß die Süddeutschen keine voreiligen Schritte unternehmen, sondern in Ruhe die Erfolge des norddeutschen Parlaments abwarten. Eben so wichtig ist aber auch, daß man sich im Norden endlich über die Verfassung des Bundes klar wird. Diese Klarheit wird bis jetzt noch vollständig vermisst. Die preußische Regierung, heißt es von einer Seite, sei mit einem Verfassungsentwurf beschäftigt, von anderer Seite wird dies bestritten. Soll aber der Zusammentritt des Parlaments im Februar wirklich erfolgen, so ist es doch sicher hohe Zeit, eine Vorlage herzustellen. Die Initiative ist ausschließlich bei unserer Regierung, die sich vor Einberufung des Parlaments mit den übrigen Bundesregierungen noch über die Vorlage zu verständigen hat. Hätte Sachsen noch seinen Beust, so würde vielleicht von da aus die Initiative zu erwarten sein. Jetzt kann sie nur von Berlin kommen.

Über das, was die preußische Regierung will, haben wir mancherlei Andeutungen durch die Presse erhalten, wir können darin jedoch nichts Authentisches erkennen. Das Einzige scheint mit Bestimmtheit darin ausgedrückt, daß am Ende des Staates festgehalten wird. Was könnte auch Preußen bewegen, diese feierlich proklamierte Idee dem Projekte eines Staatenbundes zu opfern? Einigen Regierungen, denen das Parlament ein Dorn im Auge ist, möchte wohl damit gedient sein; aber für das Volk hat doch die Bewegung darin ihren Hauptwerth, daß sie zu einer Volksrepräsentation zu führen verhelft, und alle Begeisterung für das Einheitswerk würde schwinden, wenn nichts erreicht werden sollte, als eine Einigung der materiellen Interessen durch ein Diplomatenkorps. Wenn Graf Bismarck vor dem Kriege diese materiellen Interessen betonte, so müssen wir den Unterschied zwischen damals und jetzt erwägen, namentlich uns erinnern, daß die früheren Entwürfe auf das ganze Deutschland zielten. Je kleiner der Kreis, desto enger die Verbindung.

Norddeutschland hat sich nicht nur in der Militärvorverfassung, in der Zollgesetzgebung, sondern in der Gesetzgebung überhaupt zu einigen, um ein fester, unzerbrechbarer Körper zu werden. Darum muß es seine gesetzgebenden Organe, sein Parlament haben, welches dem Körper die Form giebt. Diesem Organe die richtige Stellung zu geben, wird die wichtigste und schwerste Aufgabe der nach Berlin zu beruhenden Konstituante sein, und heraus ergiebt sich denn auch die Notwendigkeit, daß in diese Versammlung Männer gefandt werden, die nicht nur ein helles Auffassungsvermögen, sondern auch Liebe zum Lande und ein warmes Interesse für die Herstellung eines dauerhaften und die Zukunft Deutschlands sichernden Rechtszustandes besitzen, Männer, welche auch dem noch nicht verbündeten Deutschland Respekt einflößen.

Deutschland.

Preußen. △ Berlin, 10. Dezember. Die "A. A. Z." enthält in ihrer neuesten Nummer ein längeres Schreiben eines sächsischen Offiziers, welches von Wien aus datirt ist. Es wird darin ein interessantes Bild der Erfahrungen entworen, welche die sächsischen Soldaten während ihrer Theilnahme am Kriege und während ihres Aufenthaltes in Ostreich nach denselben über die dortigen Zustände gemacht haben. Nach der Darstellung fand man dies so trostlos, daß während die Sachsen mit dem günstigsten Vorurtheil nach Ostreich gegangen, alsobald allen nur zu offenbar wurde, daß ein solcher in seinen militärischen Verhältnissen so zerstöteter Staat nie und nimmer siegen könne, und daß die Sachsen schon mit der Gewissheit zu unterliegen in die Schlacht gingen. Völlig ernüchtert sind dieselben zurückgekehrt und voll der Überzeugung, daß nur Preußen Deutschlands Größe begründen, dem gemeinsamen Vaterlande Schutz gewähren können. Dieses offene Geständnis eines sächsischen Offiziers ist um so bedeutender, wenn man bedenkt, daß die "A. A. Z.", ein bekanntlich früher Ostreich über Gebühr hubdigendes Organ, dasselbe bringt. Aber jene Ansicht steht nicht vereinzelt, sie ist allen zurückgekehrten Sachsen gemeinsam. Selbst in den höchsten Regionen der Regierung hat die Überzeugung Platz gegriffen, so daß man den Umschwung, den dieselbe in ihrer Haltung zu Preußen zeigt, nicht als einen auf den eigenen Vorteil berechneten, sondern als die Konsequenz jener veränderten Einsicht ansehen darf. Namentlich hatte der Kronprinz von Sachsen Gelegenheit, theils sich selber vor den österreichischen Zuständen zu überzeugen, theils die Ansichten seiner Offiziere darüber kennen zu lernen und vorzugsweise er ist es, an dem die Eindrücke ihre Spuren hinterlassen haben. — Die Maßregeln, welche die Regierung hat ergreifen müssen, um den widerstreitenden Elementen in Hannover ihre Kraft zu zeigen, scheinen den hier eingetroffenen Berichten zufolge ihre Wirkung nicht zu verfehlten, so daß man hofft, sich auf die Statuirung einzelner warnender Exempel beschränken zu können. Zum Generalpolizeidirektor in Hannover ist der Landrat Steinmann in Thorn, der bekanntlich während des Krieges als Civil-Gouverneur in Böhmen fungirte, ernannt worden. Dieselbe ist gegenwärtig hier anwesend, wird aber in den nächsten Tagen nach seinem Bestimmungsorte abgehen. — Die nach der Beendigung des Krieges ertheilte Amnestie hatte bisher nur auf Geld- und Freiheitsstrafen Anwendung gefunden. Von Seiten des Ministeriums des Innern und des der Justiz sind nun gemeinsame Schritte geschehen, damit dieselbe auch auf die Entziehung der Druckereikoncessionen ausgedehnt werde. — Das Central-Bureau des Zollvereins hat eine Zusammenstellung der

Mübenmengen veranlaßt, die zur Zuckerfabrikation während des letzten Jahres (vom 1. September 1865 bis letzten August d. J.) verbraucht worden sind. Es hat danach Preußen innerhalb seiner alten Grenzen 36,154,873 Centner verbraucht, Hannover 436,240 Centner, Kurhessen 36,289 Centner, Bayern 345,770 Centner, Sachsen 68,310 Centner, Württemberg 1,331,559 Centner, Baden 840,814 Centner, Thüringen 204,626 Centner, Braunschweig 4,034,291 Centner, im Ganzen also 43,452,772. Oldenburg, Nassau, Hessen-Darmstadt und Frankfurt betreiben keine Zuckerfabrikation. — An Vermundet befanden sich am 21. November, bis wohin die neuesten Rapporte reichen, noch 824 Krieger in den Lazaretten, darunter 182 den feindlichen Armeen angehörige.

— Se. Majestät der König sind heute Morgen gegen 10 Uhr, wie telegraphisch aus Königs-Wusterhausen gemeldet wird, im besten Wohlsein in Zeesen zur Jagd eingetroffen. — In Begleitung Sr. Majestät befinden sich: Se. Königliche Hoheit der Kronprinz und Ihre Königlichen Hoheiten die Prinzen Karl, Friedrich Karl, Albrecht Vater und Sohn, Prinz August von Württemberg, Erbprinz von Dassau, Prinz Nikolaus von Nassau, Fürst B. Radziwill, Prinz Anton Radziwill, Herzog von Ujest, der englische Botschafter Lord Lustus, der französische Botschafter Benedetti, der russische General Graf Kutusow, der Ministerpräsident Graf von Bismarck-Schönhausen, die Minister Grafen Thyen und zu Eulenburg, der Hofmarschall Graf Perponcher, der Hoffallmeister von Rauch und andere hochgestellte Personen.

— Ihre kgl. Hoheit die Frau Prinzessin Karl hat der Kirche in Landeck einen silbernen Abendmahlsschale zum Geschenk gemacht, in welchem die Worte eingraviert sind: "In Dankbarkeit für Gottes gnädigen Schutz, mit dem er die Grafschaft Glaz und ganz Schlesien während des ganzen Krieges im Jahre 1866 behütet hat."

— Aus Berlin sind eine Anzahl Schuhmänner nach Hannover dirigirt und dem Frhrn v. Hardenberg zur Disposition gestellt worden. Die "N. Pr. Z." hört, daß in der Kürze ein Polizei-Direktor für Hannover ernannt werden soll. Auch aus Frankfurt a. M. verlautet, daß dort die Gesamtheit der Polizei in die Hände eines königlichen Polizeipräsidienten gelegt werden wird, so daß der städtischen Behörde nur gewisse Zweige der Kommunal-Polizei verbleiben.

— Es ist kürzlich entschieden worden, daß die jetzt in Dresden garnisonirenden einkommensteuerpflichtigen preußischen Offiziere in denjenigen preußischen Stadt, in welcher sie zuletzt Garnison hatten, zur Einkommensteuer veranlagt bleiben müssen und die seitgedachte preußische Stadt hinsichtlich der Veranlagung und Erhebung der Steuer so lange als Wohnsitz dieser Offiziere anzusehen ist, bis dieselben im preußischen Staate einen anderen Wohnsitz genommen haben. Auf die ihnen dort gewährte Mahl- und Schlachtfeste Vergütung von 20 Thlrn. jährlich haben sie während ihres Aufenthalts in Dresden keinen Anspruch.

— Der durch Se. kgl. Hoheit den Kronprinzen begründeten National-Invalidenstiftung ist vom Handelsminister die Portofreiheit für Korrespondenz, Geld- und Packettendungen in sehr ausgedehntem Umfange gewährt; namentlich sind auch die Geldbeiträge, welche Privatpersonen der Stiftung einzenden, portofrei, wenn dieselben mit dem Bemerk "Beiträge für die National-Invalidenstiftung" versehen werden. An allen diesen Bewilligungen nehmen diejenigen Zweigvereine und deren Organe Theil, welche nach erfolgter Bildung und Anmeldung in die National-Invalidenstiftung aufgenommen werden.

— Die Gesamtzahl der immatrikulirten Studirenden auf der Königlichen vereinigten Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg von Michaelis 1866 bis Ostern 1867 beträgt 808, davon zählt die theologische Fakultät 349, die juristische 44, die medizinische 111, die philosophische 304.

Aus Frankfurt, 8. Dezember wird der "B. H. Z." geschrieben: Mit der Aktienemission der Posen-Märkischen Bahn ist hier der erste Versuch gemacht worden, unsere Börse auf das norddeutsche Interessengebiet hinüberzuziehen. Ein hiesiges Haus, L. A. Hahn, hat sich bereit finden lassen, dem Gründungskomitee beizutreten. Der Versuch ist entschieden mißglückt, die Unternehmer aber hätten sich das von vorn herein sagen können. Abgesehen von der Thatfrage, daß hier völlige Unkenntnis der Gegenden besteht, durch welche die Bahn geführt werden soll, und der Rentabilitätsfähigkeit, die denselben zuzuschreiben ist, herrscht hier nun einmal doch die Abneigung gegen Alles, was aus den alten Landesteilen der Monarchie kommt, und was nicht aufgedrungen wird, darf unter allen Umständen sicher darauf rechnen, zurückgewiesen zu werden. Diese Abneigung wird sich ohne Zweifel verlieren und am gewissenst dann, nachdem die neue Regierung der Handelswelt evident die Überzeugung gegeben haben wird, daß Frankfurt durch die Einverleibung in Preußen Vorteil hat.

Ratibor, 9. Dezember. Die Truppen durchzüge durch Oderberg in der Richtung nach Krakau und Lemberg bestätigen sich. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, haben seit dem 5. d. M. groÙe Massen von Infanterie und Artillerie meist zur Nachtzeit Oderberg passirt. Ob ernstliche Verwicklungen mit Russland oder ein Aufstand in Galizien, von dem seit circa acht Tagen hier ein düstes Gerücht verbreitet ist, Ostreich zu dieser Truppenansammlung veranlossen, oder ob nur eine Dislokation der aus Italien gezogenen Truppen nach Galizien stattfindet, wird die nächste Zukunft entscheiden. (Bresl. Blg.)

Ostpreußen.

Wien, 10. Dezember. Das heutige "Wiener Journal" erklärt auf Grund genauer Informationen die Korrespondenz-Mittheilung eines Berliner Blattes als gänzlich unbegründet, nach welcher die Brochüre „les alliances austro-française et austro-prusse-russe“ von dem Minister v. Beust an den Papst und an den Kardinal Antonelli gesendet worden sei und im Vatikan sowie von der österreichischen Botschaft in Rom als wirkliches Programm des Freiherrn v. Beust angesehen werde.

Triest, 10. Dezember. Heute Vormittag ist der Dampfer "Minerva" mit der ostindisch-chinesischen Ueberlandspost aus Alexandrien hier eingetroffen.

* Lemberg, 7. Dezbr. Nach dem „Dz. poz.“ ist die ruthenische Partei mit einem besonderen Adressentwurf aufgetreten. Derselbe enthielt ein Misstrauensvotum gegen das jetzige Ministerium und forderte die Theilung Galiziens in ein polnisches und ruthenisches. Der Entwurf ist bei der Abstimmung gegen den der polnischen Partei gefallen.

Franreich.

Paris, 8. Dezbr. Nachdem gestern hier die Konvention über die päpstliche Schuld unterzeichnet, die Verhandlungen zwischen Rom und Florenz wieder aufgenommen worden, hat auch der Hof in Compiègne auf morgen, 9. Dezember, die vierte Serie der Gäste besohlen, so daß die Pilgerfahrt der Kaiserin Charlotte kein Seitenstück erhalten zu sollen scheint. Dieser Entschluß freilich ließ sich von dem scharfen Blicke des Kaisers in italienischen Dingen erwarten.— In Betreff der Heimführung des Korps aus Mexiko ist die Ernennung des Kontreadmirals Dideot zum Befehlshaber aller französischen Streitkräfte zur See im Meerbusen von Mexiko bemerkenswerth. Dideot hat bereits Befehl, an Bord der Fregatte Themis vor Vera-Cruz zu gehen. Die Ardèche und der Barbingen am 6. nach Vera-Cruz ab, die übrigen Transportschiffe laufen aus, sobald sie fertig sind; bis zum 15. Dezbr. aber müssen sie sämtlich unterwegs sein. Die Ankunft des Kaisers Marx wird täglich in Gibraltar erwartet, wohin heute Graf Bombelles von hier weiter gereist ist; derselbe soll hier die Instruktionen des Kaisers, zu welchen dessen Rückreise nach Europa Anlaß geben kann, erwarten. Er ist nach Paris gekommen, weil, wenn er sich zum Empfange des Kaisers nach einem Mittelmeerhafen begeben soll, er schneller an Ort und Stelle anlangen kann. Sein Aufenthalt hier wird jedoch nicht von langer Dauer sein; es heißt, er werde bereits heute Abend nach Spanien weiterreisen, was darauf schließen läßt, daß der Kaiser schon dieser Tage ankommen wird. Der Gesundheitszustand der Kaiserin Charlotte soll sich gebessert haben, wenigstens versichert das „Mémorial Diplomatique“, daß ihr physischer Zustand nichts zu wünschen übrig läßt; die Krisen würden immer seltener und nach denselben bitte sie ihre Umgebung um Entschuldigung, wenn sie dieselbe unfreiwillig verletzt habe. Die Verschwörung gegen das Leben ihres Mannes schwiebe ihr in den dunkeln Momenten immer noch vor; in ihren lichten Augenblicken male und musicire sie.

Türkei.

Konstantinopel, 9. Dezember. Die Wahl Bartazzi's zum Fürsten von Samos hat die großherrliche Bestätigung erhalten.— Die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika wird in Rumänien und in Serbien General-Konsulat errichten. — Mustapha Pascha soll aus Kandia abberufen werden. — Aus dem hiesigen Hafen abgehende Schiffe erhalten Gesundheitspatente.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

(40. Sitzung vom 10. Dezember.)

Öffnung 10½ Uhr. Die Tribünen sind stark besetzt. Am Ministerisch: die Minister v. d. Heydt, v. Roon, v. Mühlner und v. Selchow, sowie die Regierungs-Kommissare Major v. Hartmann und Geb. Rath Köllner. Abg. Waldeck ist frank.

Präsident v. Vordebeck läßt ein vom Abg. Graf Bützow eingegangenes Schreiben verlesen, worin dieser mittheilt, daß er in der Freitagssitzung bei der namentlichen Abstimmung über das Dotationsgesetz mit „Ja“ gestimmt habe, während er im stenographischen Bericht als fehlend angegeben sei.

Kultusminister v. Mühlner bringt darauf einen Gesetzentwurf, betreffend die Änderung des Medicinalgewichtes. — Auf den Vorschlag des Ministers wird vom Hause die Schlussberatung hierüber beliebt; der Präsident ernennt den Abg. Dr. Kosch zum Referenten.

Kriegsminister v. Roon: Im allerhöchsten Auftrage überreiche ich dem hohen Hause einen Gesetzentwurf, betreffend die Erweiterung mehrerer Bestimmungen des Invaliden-Berichtigungs-Gesetzes vom 6. Juli 1865. Das Gesetz vom 16. Oktober d. J., betreffend die Pensions-Erhöhung für Invaliden und aktive Militärs, die im Dienste verftümmt worden sind, sowie betreffend die Unterstützung der Wittwen und Kinder der im letzten Kriege Gefallenen, hat in mehreren wesentlichen Punkten durch die Initiative des Landtags eine freigiebigere Fassung erhalten, als das Invalidengesetz hat; deshalb ist damals in beiden Häusern der Wunsch rege geworden, das Gesetz von 1865 in derselben Weise zu erweitern. Da die Materie dem Hause sehr geläufig und die Beratung vom Oktober d. J. noch in aller Erinnerung sein wird, empfehle ich die Schlussberatung über den Gesetzentwurf.

Der Präsident schlägt vor, das Gesetz an die schon bestehende XV. Kommission zu überweisen, und wird darin vom Abg. v. Bunsen unterstützt. — Das Hause beschließt jedoch Schlussberatung, und der Präsident ernennt in Folge dessen die Abg. Stavenhagen und v. Bunsen zu Referenten.

Es nimmt darauf das Wort vor der Tagesordnung Abg. Overweg, um zu erklären, daß er bei der in der Sitzung vom 6. d. M. vorgenommenen namentlichen Abstimmung mit „nein“ gestimmt habe, während ihn der stenographische Bericht als fehlend bezeichnete.

Berliner Briefe.

Berlin, 7. Dezember. Unsere gute Hauptstadt ist auf dem besten Wege Wien, ja Paris zu überflügeln und mit London zu rivalisieren, freilich nur auf einem Gebiete, auf dem wir gern der englischen Hauptstadt den Vorrang einräumen wollten. Wir haben beinahe denselben frechen Straßenpöbel und die Nachrichten über Betrügereien, Diebstähle, Einbrüche, Raubansätze mehren sich in einer solch bedenklichen Weise, daß auch hier nicht mehr länger daran zu zweifeln ist, Berlin wird Weltstadt und täglich liefern Zeitungsberichte, zu dem ohnehin sehr farbenreichen Kapitel: „Berlin bei Nacht“ die eignethümlichsten Illustrationen. Das nächtliche Leben Berlins muß schon bewegter und stürmischer sein, als das einer friedlichen, kleinen Provinzialstadt, die sich um 10 Uhr behaglich aufs Ohr legt und höchstens einmal durch einen Feuerlärm unsanft aufgeweckt wird, denn die Berliner Polizei hat es Jahr aus Jahr ein, mit etwa 15.000 Verbrechern und fast eben so viel Prostituierten zu thun und diese Menschen schwärmen wie Nachtfalter, Fledermäuse und anderes leichtfertiges Gelichter, nur in der Nacht umher. Sobald sich die Abendsonne an dem düstigen Horizonte Berlins verloren hat, und die Lampenputzer mit ihren Leitern von Station zu Station wandern, um der Riedenz ein neues Licht aufzustellen, dann wagen sich auch diese dunklen Existzenzen hervor, und gehen ihrem zum Theil schmutzigen Erwerbe nach. Während der Nacht beginnt ihr kurzes, unheimliches Dasein und erst aus den Polizeiberichten des andern Tages erfahren wir gewöhnlich die Heldenathal der verlorenen Leute. Aber die Nachtsseite Berlins liegt nicht allein in dem nächtlichen Treiben dieser wüsten Geschöpfe, sie liegt in dem Gegensatz des Elends zu der Pracht und Leppigkeit. Alles drängt nach der Hauptstadt, um sein Glück zu machen; der Verdienst soll dort so leicht und spielend sein und Tausende haben dort ihr Glück gemacht und so flattern immer neue Ankommende wie Motten in das blendende Licht der großen Stadt. Das Glück wird in den meisten Fällen nur durch eiserne Fleiß, durch unbeugsame Ausdauer errungen, und da diese ehrenwerten

Der Präsident nimmt Gelegenheit, die Mitglieder des Hauses zu ersuchen, um ähnliche Irthümer zu vermeiden, in Zukunft etwas mehr Ruhe während der Abstimmung zu beobachten und laut und deutlich zu antworten. Es wird darauf in die Tages-Ordnung eintreten: Vorberathung über den Militär-Etat.

Der Präsident teilt mit, daß vom Kriegsministerium verschiedene Spezialnachweisungen etc. eingegangen sind; er läßt das Verzeichniß derselben vom Schriftführer verlesen; es befindet sich u. A. darunter eine Nachweisung über die Uniformirung der Truppentheile in den neu erworbenen Landestheilen und der Kosten dafür, mit der Bestimmung, daß pro 1867 circa 10 Millionen aus den Mitteln jener Landestheile darauf verwandt werden sollen.

Der Haupt-Etat der Militär-Verwaltung für 1867 weist nach: Einnahmen 1,113,191 Thlr. (102,096 Thlr. mehr), darunter an Pensionsbeiträgen und Abgängen 172,088 Thlr. durch Verlauf von Pferden und unbrauchbaren Monturstückstücken etc. 181,500 Thlr., aus dem Karten-Debit des großen Generalstabes 4560 Thlr., an Gebühren in Injuriensachen der Offiziere 90 Thlr. (10 Thlr. mehr), aus dem Verkauf der Grundfläche der Kaiser-Franz-Grenadier-Kaserne 180,000 Thlr. (20,000 Thlr. weniger), desgl. alter Kaserne-Grundfläche in Breslau 200,000 Thaler, desgl. von Grundstücken der Artillerie-Werkstatt in Berlin 300,000 Thlr. (100,000 Thlr. weniger). Fortlaufende Ausgaben 41,574,348 Thlr. (737,969 Thlr. mehr als im Jahre 1866), darunter Kriegsministerium 241,805 Thlr., General-Militär-Kasse 23,250 Thlr., Militär-Intendanturen 202,042 Thlr., Geistlichkeit 68,489 Thlr., Justiz 91,172 Thlr. Bezahlung der höheren Befehlshaber 453,136 Thlr., der Kommandanten, Plasmajore und Clavven-Inspectoren 136,012 Thlr., der Adjutanten Sr. Majestät des Königs 29,600 Thlr., (1 General der Infanterie und 2 General-Lieutenants à 4000 Thlr., 1 General-Major mit 3000 Thlr., 7 Stabs-Offiziere à 1900 Thlr., 1 Hauptmann mit 1300 Thlr. Gehalt), der Adjutant-Offiziere 24,406 Thlr., für das Ingenieur-Korps 291,926 Thlr., zur Geld-Verpflegung der Truppen 13,624,227 Thlr. (4066 Thlr. weniger), zur Natural-Verpflegung 9,384,859 Thlr. 334,206 Thlr. mehr), zur Bekleidung der Armee 3,464,793 Thlr. (18,523 Thlr. mehr), für das Servis- und Garnison-Verwaltungswesen 3,800,506 Thlr. (109,243 Thlr. mehr), für das Militär-Lazarethwesen 1,067,900 Thlr. (17,050 Thlr. mehr), für Train-Depots und Feld-Equipage 48,488 Thlr., für Verpflegung der Erfas-Mannschaften 314,300 Thlr., zum Remonte-Ankauf 637,878 Thlr., für die Verwaltung der Remonte-Depots 217,670 Thlr., Reisekosten 560,200 Thlr., Militär-Erziehungs-Anstalten 317,172 Thlr., Pflege- und Unterhaltsgelder für Kinder 57,118 Thaler, Militär-Medizinalstab und Bildungsanstalten 48,397 Thlr. (1252 Thlr. mehr), Artilleriewesen, Waffen- und Pulverfabrikation 1,221,527 Thlr. (100,320 Thaler weniger), Bau und Unterhaltung der Festungen 373,548 Thaler, zu Unterstüttungen 18,010 Thlr., Invalidenwesen 431,953 Thaler (255,424 Thlr. mehr), Militär-Wittenhaus in Potsdam 132,258 Thlr., Militär-Wittwenkasse 198,604 Thlr. (26,487 Thlr. mehr). Außerordentliche Ausgaben 2,497,131 Thaler (571,531 Thaler mehr), darunter 100,000 Thaler zum Ankauf eines Bauplatzes für ein neues General-Stabs-Gebäude in Berlin, zum Bau eines Beugbautes in Stettin 30,000 Thlr. zum Abzug des Beugbautes in Berlin, 12,950 Thaler, zum Bau eines bombenfesten Beugbautes in Neisse 10,000 Thlr., eines Beugbautes in Posen 60,000 Thlr., zur Fortsetzung des Festungsbaues von Königsberg 300,000 Thlr. (200,000 Thlr. mehr), zum Neubau und zur Verstärkung der Festungen 400,000 Thlr. (278,000 Thlr. mehr), zur Befestigung der Ostseefeste 100,000 Thlr. (20,000 Thlr. weniger). Wie folgen schließlich hinzu, daß die Etatsstärke der Armee im Jahre 1866 201,459 Mann betrug, im Jahr 1867 206,677 Mann, darunter 8725 Offiziere (197 mehr), 24,292 Unteroffiziere (509 mehr), 167,902 Gemeine (3088 mehr), 47,911 Pferde (487 mehr).

Es liegen folgende Anträge vor, auf welche die allgemeine Debatte einzugehen hat: 1) vom Abg. Waldeck, (v. Karlowiz und Reichenperger) folgende Resolution in folgender von der früher bekannt gewordenen abweichenden Fassung:

Bevor das Haus der Abgeordneten in die Beratung des Militäretats für das Jahr 1867 eintritt, erklärt dasselbe: 1) daß dieser Etat einen wesentlich provisorischen Charakter an sich tragt, indem er die dem preußischen Staat neu einverlebten Landesgebiete und die Staaten des Norddeutschen Bundes nicht umfaßt, deren Hinzutritt notwendig einen maßgebenden Einfluß auf die künftige Feststellung des Militäretats ausüben muß; 2) daß die Bewilligung der in diesem Etat geforderten Summen nicht eine Genehmigung aller demselben zu Grunde liegenden tatsächlichen Einrichtungen in sich schließt, vielmehr daran festgehalten werden muß, daß in Gemäßigt des Art. 34 und 35 der Verfassungsurkunde das Gesetz vom 3. September 1814 bis zum verfassungsmäßigen Zustandekommen eines neuen Organisationsgesetzes die gesetzliche Norm für die Dauer der Dienstzeit im stehenden Heere und für das Verhältniß der Landwehr zu demselben bildet; 3) daß die nach §. 3. des Gesetzes vom 3. September 1814 nach den jedesmaligen Staatsverhältnissen zu bestimmende Stärke des stehenden Heeres nur unter Zustimmung der Landesvertretung festgestellt werden kann.

2) Vom Abg. v. Baerst in folgender von der früher bekannt gewordenen abweichenden Fassung:

Statt des Kap. 54, Tit. 1—62. der fortlaufenden Ausgaben zu setzen: IX. Kriegsministerium, Kap. 54, für Zwecke der Militärverwaltung für 1867 41,574,348 Thlr., darunter künftig wegfallend 118,201 Thlr., zu bewilligen.

Die Bertheilung dieser Summe auf die einzelnen Titel der Militärverwaltung (1—62) bleibt für das Jahr 1867 der königlichen Staatsregierung überlassen.

3) Vom Abg. Birchow:

Statt der im Staatshaushaltsetat pro 1867 im Kap. 54. des Ordinarii und Kap. 17. des Extraordinarii nach den einzelnen Titeln für die Militärverwaltung geforderten Beträge von resp. 41,574,348 Thlr. und 2,497,131 Thlr. für die Zwecke der Militärverwaltung pro 1867 ein Pauschalquantum von 44,071,479 Thlr. zu bewilligen.

4) Vom Grafen v. Westarp:

Statt der im Staatshaushaltsetat pro 1867 im Kap. 54. des Ordinarii und Kap. 17. des Extraordinarii nach den einzelnen Titeln für die Militärverwaltung geforderten Beträge von resp. 41,574,348 Thlr. und 2,497,131 Thlr. für die Zwecke der Militärverwaltung pro 1867 ein Pauschalquantum von 44,071,479 Thlr. zu bewilligen.

Der Etat des Kriegsministerii, welcher im Staatshaushaltsetat pro 1867, und zwar: 1) im Kap. 29. der Einnahme mit 1,113,191 Thalern an verschiedenen Einnahmen, 2) im Kap. 54. des Ordinarii der Ausgabe mit 41,574,348 Thlr. an fortlaufenden Ausgaben, 3) im Kap. 17. des Extraordinarii der Ausgabe mit 2,497,131 Thlr. an einmaligen und außerordentlichen Ausgaben abschließt, wird in der Art, wie diese Summen in den einzelnen Titeln und Specialanlagen zum Hauptetat näher nachgewiesen sind, hierdurch genehmigt.

5) Vom Abg. Tweten (Hammacher, Röppell, Krieger (Berlin), Dr. John, Michaelis):

Im Kap. 54 der fortlaufenden Ausgaben Tit. 20 statt 13,587,507 Thlr. nur 13,445,123 Thlr., — Tit. 12 statt 9,172,034 Thlr. nur 8,782,420 Thlr., — Tit. 26 statt 3,455,943 Thlr. nur 3,357,507 Thlr., — Tit. 32 statt 1,972,849 Thlr. nur 1,939,009 Thlr., — Tit. 34 statt 798,300 Thlr. nur 782,454 Thlr. zu bewilligen. Motive: Mit der Errichtung von 40 neuen Eskadrons soll die Zahl der Gefreiten und Gemeinen bei der Kavallerie um 3384 Mann vermehrt werden. Wenn nun auch der Errichtung der 5. Eskadrons bei den Kavallerie-Regimentern und demgemäß der von der königlichen Staatsregierung beantragten Vermehrung der Offiziere, Unteroffiziere, Spielette, Handwerker und für dieselben nicht widerprochen werden soll, so erscheint doch neben der Errichtung von 16 neuen Kavallerie-Regimentern aus den neu erworbenen Landestheilen die Erhöhung des Präsenzstandes bei den alten Kavallerie-Regimentern um 3384 Mann und Pferde nicht gerechtfertigt. Es wird daher beantragt, die dafür zu berechnenden 680,120 Thaler abzusezen.

Nach früheren Angaben kostet der Gemeine bei der Kavallerie an Sold

(unter Berechnung derjenigen Erhöhung um 6 Pf. täglich) 42 Thlr. 20 Sgr. an

Naturalverpflegung (Brot und Pferderation) 115 Thlr. 4 Sgr. 1 Pf. an

Bekleidung nebst Etatsfonds, Ausrüstung und Nebenkosten 29 Thlr. 2 Sgr. 7 Pf. an Servis 10 Thlr. und an Krankenpflege 4 Thlr 22 Sgr. 3 Pf. Die Kosten für 3384 Mann und Pferde belaufen sich demnach im Tit. 20 (Gold) auf 142,384 Thlr., — im Tit. 23 (Naturalverpflegung) auf 389614 Thlr., — im Tit. 26 (Bekleidung) auf 98,436 Thlr., — im Tit. 32 (Servis) auf 33,840 Thlr. und im Tit. 34 (Kavallerie) auf 15,846 Thlr. Diese Beträge sind von den Positionen des Etats-Entwurfs in Abzug gebracht.

6) Vom Abg. v. Neusebeck (Neuruppin) von der Beratung der einzelnen Positionen Abstand zu nehmen und die Einnahmen, die fortlaufenden und die einmaligen Ausgaben in den von der Regierung festgesetzten Beiträgen zu bewilligen. In den Motiven des Antrags, der nicht gedruckt vorliegt, wird auf das organische Gesetz vom 3. Sept. 1814 und die Erledigung der Prinzipienfrage durch das Norddeutsche Parlament Bezug genommen.

Die Generaldisputation wird darauf eröffnet; für die Regierungsvorlage sind als Redner eingetreten die Abg. Heise, Graf Westarp, Glaser, v. Binde (Oldendorf), Tweten, Michaelis (Stettin); gegen die Regierungsvorlage die Abg. Lasker, Baron v. Baerst, Birchow.

Abg. Lasker: Der Militäretat kann in diesem Jahre mit viel größerer Ruhe behandelt werden, als dies in den vorigen Jahren der Fall gewesen ist. Ich glaube, die größte Mehrheit dieses Hauses wird wohl in zwei Punkten Einer Meinung sein. Der eine Punkt ist, daß die Lage des Vaterlandes gegenwärtig eine solche ist, daß es durchaus ungeeignet wäre, an dem stehenden Heere, welches die Kraft — sowohl die Verbündigungs- als nötigenfalls auch die Angriffs-kraft — des Vaterlandes ausdrückt, irgendwie in diesem Jahre zu rütteln. Die Konsequenz hieron ist, daß von den Summen, welche die königliche Staatsregierung meint gebraucht zu müssen, um diesen Stand der Armee, wie er eben tatsächlich sich gestaltet, in dem Jahre 1867 aufrecht zu erhalten, meiner Meinung nach nichts gegen den Willen der Regierung abzogen werden kann. Die Regierung trägt die volle Verantwortlichkeit für die Ereignisse, welche uns bevorstehen; und wenn bei irgend einem Punkte die Erläuterung vom Ministerialen fällt, daß es nicht möglich wäre, mit vermindernden Mitteln diese Verantwortlichkeit ganz zu übernehmen, so, glaube ich, werden alle diejenigen, welche mit mir der Meinung sind, daß es gegenwärtig unsere höchste Pflicht ist, uns gegen die Gefahren, welche uns bevorstehen, vorzubereiten, keinen Abzug machen können. Ganz anders verhält es sich mit mir, was durch die Bewilligung ausgedrückt werden soll. Im Allgemeinen ist es selbstverständlich, daß durch Bewilligung im Budget, welches in innern nur die Bedürfnisse des einen und gegenwärtigen Jahres vor Augen hat, nichts beschlossen werden kann seitens der Landesvertretung, was in irgend einer Weise die bestehenden Gesetze oder die Konsequenzen derselben abänderte. Bestehendes Gesetz für unsre Militärverfassung ist das Gesetz vom 3. September 1814; die wesentliche Grundlage dieses Gesetzes ist die fünfjährige Dienstzeit im stehenden Heere. Seitdem haben sich tatsächliche Vorgänge zugetragen, welche eine Formation des Heeres herbeigeführt haben, die nach der Auskunft der Regierung und des lachverständigen Mitgliedes derselben die siebenjährige Dienstzeit zur Voraussetzung haben. Wir sind nicht in der Lage, weißt wenn wir es wollten, bei Gelegenheit der Beratung eines Militäretats eine Gestaltung anzunehmen, welche die siebenjährige Dienstzeit im stehenden Heere zur Voraussetzung hat, weil wir eben nicht in der Lage sind, durch eine Bewilligung im Budget das bestehende Gesetz zu ändern. Ebenso verhält es sich mit dem Verbündnis der Landwehr zum stehenden Heere. Ich will nicht auf technische Einzelheiten eingehen, ich will nicht meine Ansicht aussprechen, welche Stellung der Landwehr den Bedürfnissen des Vaterlandes am meisten entspricht, aber so viel ist mir klar und wohl auch den meisten Mitgliedern dieses hohen Hauses, daß es eine wesent

lage hat, nur auf Grund eines Gesetzes, als Gesetz des Landes aufgeführt werden kann. So nun zwischen zwei Erwägungen gestellt: die eine, bestehend in der Notwendigkeit der Regierung, die nötigen Summen, so weit sie innerlich scheinen, ohne Abzug zu gewähren; auf der anderen Seite dagegen durch diese Gewährung nichts herbeizuführen, was aussehen könnte, als ob wir unseren Standpunkt in Bezug auf den gesetzlichen Zustand des Landes verändert hätten, sehe ich wenigstens keinen anderen Ausweg, als den, der Ihnen von zwei Seiten vorgeschlagen ist. Bei dem Eingange in die Debatte nämlich und ehe wir in die materielle Beratung des Militär-Etats eintreten, ist es meine Absicht, auszudrücken, daß ich zwar bereit sein werde, die geforderten Summen zu genehmigen, aber daß in der Genehmigung dieser Summen nichts ausgedrückt werden soll, was eine dauernde Genehmigung der im Etat ausgedrückten Heereseinrichtungen mit sich bringt. Sodann will ich bei der Beratung des Militäretats selbst diejenige Form der Bewilligung wählen und gebe ihr den Vorzug, welche den provisorischen Charakter ausdrückt; denn im Wesentlichen befinden wir uns in analogen Verhältnissen, wie in früheren Jahren, in denen angenommen worden ist, daß die Kriegsbereitschaft eine besondere Behandlung des Militäretats notwendig mache. Ich glaube sogar, daß wir mit viel besseren Rechten diesen Zustand in dem gegenwärtigen Jahre annehmen. Ist dies der Fall, so wollen wir nicht, daß das, was vermöge der Kriegsbereitschaft, vermöge der dringenden Gefahren, in denen das Vaterland sich befindet, vermöge endlich des provisorischen Zustandes, der mit Rücksicht auf die Ordnung des norddeutschen Bundesstaates angenommen werden muß, bewilligt worden ist, auch für die Zukunft maßgebend sei, daß aus einer Bewilligung, die in einer solchen Zeit gemacht wird, nicht folgert werde, daß wir den definitiven Zustand in analoger Weise zu ordnen gedenken. Wir wollen nicht voreilen, sondern es der Zukunft und einer nächsten Session des Abgeordnetenhauses oder demjenigen Parlamente überlassen, welches mit der definitiven Verhandlung dieser Dinge befaßt sein wird. Ich werde demnach im Großen und Ganzen für die eingebrochene Resolution stimmen, insfern ich mit der Bewilligung der Mittel die Meinung verbinde, daß die Regierung in den Stand gesetzt werden soll, die Armee in diesem Jahre kriegstätig und kriegs bereit aufrecht zu erhalten, daß ich aber nicht die Meinung damit verbinde, daß dadurch ein Präjudiz für eine zukünftige und anders geartete Zeit geschöpfzt werde. Sodann werde ich bei der materiellen Beratung mich, wie ich bereits ausgesprochen habe, für die Form erklären, welche dem Provisorium genügt thut, und das ist meiner Meinung nach die Form des Pauschquantums. (Bravo!)

Abg. Graf Westarp: Ich bin dem Vorredner zunächst dankbar dafür, daß er Alles bewilligen will, was die Staatsregierung gefordert hat. Das wollen wir auch, können es aber nicht unter der Form des Baerischen Antrages, da wir uns auf ein Provisorium nicht wieder einlassen können, sondern eine definitive Regelung der Militärfrage wünschen. Das Provisorium bat den Ursprung zu dem unseligen Konflikt gebildet; und dies wollen wir für die Zukunft vermeiden. Die Regelung muß aber jetzt schon geschehen, und darf nicht auf das Norddeutsche Parlament und nicht auf die Zeit verschoben werden, wo die Abgeordneten der neuworbenen Länder schon mit uns tagen werden; denn der alte Konflikt muß bei uns zu Ende geführt und darf nicht auf uns übertragen werden. Zwei Gründe bewegen uns aber noch hauptsächlich zu dieser Stellung. Erstlich nämlich hat die ganze Neuorganisation des Heeres wirklich eine gesetzliche Grundlage. S. 3. des Gesetzes vom 3. September 1814 bestimmt nämlich: "Die Stärke des stehenden Heeres und der Landwehr wird nach den jedesmaligen Staatsverhältnissen bestimmt." Darin ist nun aber gar nicht gesagt, wer dies bestimmen soll, der Kriegsherr oder die Landesvertretung; selbst angenommen, die Landesvertretung habe dies zu bestimmen, so müssen wir bedenken, daß die Staatsverhältnisse, der Stand der Bevölkerung sich seit jener Zeit erheblich geändert haben; im Jahre 1820 hatten wir bei 11 Millionen Einwohnern ein stehendes Heer von 130.000 Mann, 1867 bei 19 Millionen Einwohnern nur 206.000 Mann; also einen noch niedrigeren Prozentsatz. Dazu kommt, daß bei der großartigen Entwicklung unseres Handels und unserer Industrie wir jetzt weit wertvollere Objekte zu verteidigen haben, als früher. Die Vergroßerung des stehenden Heeres ist also durch die Staatsverhältnisse geboten und wir stehen durchaus auf dem Boden des Gesetzes von 1814, wenn wir nun auch mehr bewilligen. Der zweite Grund sind die glänzenden Erfolge, die durch das Werk der Neuorganisation berbeigeführt worden sind. Kein patriotischer Mann darf deshalb an die Grundlagen des Ruins, der Größe und der Macht des Vaterlandes rütteln. (Bravo rechts.) Bei der gesammelten Militärfrage hat die Budget-Kommission früher 5 Punkte aufgestellt, um die es sich überhaupt handelt: der Präsenzstand der Armee, die Anzahl der Kadetten, die Stellung der Landwehr, die Dauer der Dienstzeit und die Dauer der Präsenzzeit. Außer der Dauer der Dienstzeit, die allerdings gesetzlich festgestellt ist, muß man aber vernünftiger Weise Alles dem Kriegsherrn überlassen. Das in Bet्रeß der Dienstzeit ein Gesetz vorgelegt werden muß, mag sein; aber wann das geschehen soll, können wir füglich der Staatsregierung überlassen; (große Heiterkeit links.) Geben Sie deshalb Ihren Widerstand auf und nehmen Sie, wenn es Ihnen auch schwer wird, Abschied von Ihrem Schockind, das sie 5 Jahre lang gepflegt haben! Denken Sie an die Worte unseres hochverehrten Gönners, des Abg. Binde (Hagen), der Ihnen ja gesagt hat, daß wir in anderer Beziehung viel nachgegeben haben, bei der Indemnität, beim Annexionsgesetz &c. Bewilligen Sie deshalb mit uns definitiv die Forderung der Staatsregierung! (Beifall rechts; Bütten links.)

Kriegsminister v. Noon: Mr. H. die Regierung wünscht bei dieser Gelegenheit ebenso wenig eine Diskussion über lang angefochtene Prinzipien als ein großer Theil dieses Hauses. Ich habe nicht die Absicht gehabt, mich so früh zum Worte zu melden, ich fürchtete indeß, wenn die Expektationen so weiter gehen, werden wir — entschuldigen Sie den Ausdruck — wieder herausgetrieben werden auf das wüste Meer einer endlosen Prinzipien-Debatte, und es ist meiner Ansicht nach neber im Interesse des Hauses noch in dem der Regierung, bei Gelegenheit des Militär-Etats eine solche Debatte herbeizuführen. Die Besorgniß, welche auf der einen Seite des Hauses

mit höchst sauberen Strohdecken belegt sind. Wohin das Auge sieht, gewahrt es die peinlichste Sauberkeit. Die Krankensäle sind hoch, hell und geräumig. In zwei Reihen stehen die eisernen Bettstellen aufgestellt, neben jeder befindet sich ein Tischchen, worauf die Medizin steht und alles, was der Patient bedarf. Jede Bettstelle hat zwei Wochenaarmatrachen, ein solches Kopfkissen und zwei wolle Decken, die je nach Witterungs- und Krankheitsverhältnissen benutzt werden. Zwischen zwei großen Krankensälen liegt eine kleine Theeküche und ein Zimmer, in welchem das Wartepersonal wohnt, das beide Säle bedient. Die Wasserleitung geht durch alle Etagen und durch Luftheizung sind alle Räume gleichmäßig erwärmt; jede Erkältung ist unmöglich und die herrlichen breiten Korridore bilden für die Rekonvalescenten die angenehmsten Promenaden. Auch für Bäder ist gesorgt. Durch alle Etagen hat jeder Flügel seine besondere Badeanstalt. Für Schwerkranken werden fertige Bäder in Bannen, die auf Rollen stehen, in die Säle vor ihr Bett gebracht. Die Ärzte besuchen die Säle täglich viermal und die Unterärzte haben förmlich ihre Wachtposten mit Ablösung, so daß für jeden Saal augenblicklich einer zur Hand ist.

Am Ende des ersten Stockwerks liegt der Saal. Eine kleine Kuppel, von Säulen getragen, erhebt sich im Innern desselben. Hier hat Schleiermacher zuerst gepredigt, um dann Abends mit seiner Blendlaterne den weiten Weg bis zur neuen Friedrichstraße, zu Henriette Herz, einzuschlagen. Gegenwärtig hat die Anstalt drei Prediger, einer derselben hat besonders für den Unterricht der Kinder und Irren zu sorgen. Die neue Charité gleicht in allen ihren Einrichtungen ihrer Mutteranstalt, aber sie birgt erst das wahre, tiefe Herzleid der Menschheit, birgt jene Nachtsseite des Geistes, die Irrenstation und jene, durch Laster erzeugte schaurliche Krankenstätte, die nicht ganz mit Unrecht Höllenpfuhl genannt werden. Dennoch ist auch hier die Atmosphäre rein und frisch und all' diesen Kranken wird die sorgsamste, gewissenhafteste Pflege. Auch die Behandlung der Irren ist mustergültig. Ofters werden für diese Unglücklichen Konzerte und Bälle veranstaltet und wer sich plötzlich in diesen Ballsaal versetzt hätte, würde kaum glauben, daß er sich unter lauter Irrsinnigen befindet.

herrscht, als könnte die einfache Annahme desselben ausgebeutet werden als eine Bewilligung aller der gesetzgeberischen Vorschläge, welche die Regierung Jahre lang vergeblich gemacht hat, ist eitel. Die Regierung ist nicht gewillt an die ordentliche Bewilligung dieses Etats anzuknüpfen, als eine Grundlage, welche alle diese Fragen definitiv erledigt. (Hört! Hört!) Ich sage also, denn einige dieser Fragen werden allerdings durch die ordentliche Bewilligung von selbst erledigt. Ich enthalte mich jedoch auf die Bezeichnung dieser Fragen näher einzugeben, aus Besorgniß, daß sich daran eine weitläufige Debatte über Prinzipienfragen knüpfen könnte. Der Inhalt der Resolution enthält manchen Auspruch, der ganz unbedenklich ist, er enthält jedoch auch Sätze, die mir unbedenklich sind, weil sie möglicherweise zum Nachteil der Sache, die ich hier zu vertreten habe, ausgebeutet werden könnten. Ich glaube jedoch, daß wenn sich das Haus diesem Antrage anschließen sollte, die Regierung dadurch in keiner Weise präjudiziert sein würde; ich würde jedoch der Zweideutigkeit gewisser Sätze wegen als Abgeordneter dagegen stimmen, um nicht durch verschiedene Deutung derselben zu neuen Berwirklungen Anlaß zu geben. Denjenigen Standpunkt muß ich einnehmen mit Bezug auf den Antrag des Abg. Dr. Birchow. Ich bin nicht der Meinung, daß die Königl. Staatsregierung sich einen außerordentlichen Kredit entziehen lassen darf, wenn sie ein ordentliches Etatgesetz vorgelegt hat. Das würde durch die Annahme dieses Antrages aber geschehen. Der Antrag des Abg. Grafen Westarp sowie der des Abg. v. d. Knefek ist mir vollständig unverträglich, und die Regierung würde, wenn das Haus deren Annahme befürchten sollte, dies mit Freuden begrüßen, während der Antrag des Abg. von Baerst mit einer kleinen Aenderung in seiner Fassung im Wesentlichen auf dasselbe hinauskommt. Wenn aber in Alinea 3. derselben gesagt wird, „die Vertheilung dieser Summen auf die einzelnen Titel bleibt für das Jahr 1867 der Königl. Staatsregierung überlassen“, so wird diese en bloc Bewilligung ebenfalls zu einem Kredit. Ich wünsche aber nicht die Freiheit, die mir dadurch geboten werden soll, ich wünsche mich ganz nach dem Etat zu richten. Die en bloc Bewilligung könnte leicht ein Dantagesschenk werden und zu der Auffassung führen, als wäre die Regierung mit Annahme derselben auf den Standpunkt von 1861 zurückgekehrt.

Abg. v. Baerst: Anknüpfend an die Worte des Herrn Grafen Westarp, daß nämlich in Bezug auf die Militärfrage eigentlich nur die gesetzliche Regelung der Dienstzeit vom Hause vorbehalten werden soll, muß ich sagen, daß wir uns dabei auf einen ganz analogen Standpunkte befinden. Eine der ersten Vorlagen an das Norddeutsche Parlament wird die Organisation eines einheitlichen Bundesheeres sein. Momentlich wird ein Gesetz über die Verpflichtung zum Kriegsdienst notwendig sein, welches hoffentlich alle gewünschten Erleichterungen erhalten wird. In das Übergangsstadium fällt nun die Beratung des uns jetzt vorliegenden Etats, und meine Form der Bewilligung aller der Summen, die die Staatsregierung fordert, entspricht ihm am besten. Durch sie wird dem späteren Gesetz nicht vorgegriffen, der Konflikt nicht erneut, die endliche Lösung der Streitfrage auf gesetzlichem Wege festgestellt, wie sie faktisch schon seit lange geregelt ist. In der Generaldisputation über das ganze Budget machte der Abg. Twesten den Einwurf, daß durch Annahme meines Antrages das Haus sich des Rechtes der Spezialberatung beseitigt würde. Aber dieser Modus soll eben nur für einen bestimmten Fall, für diese eine Jahr angewendet werden, wie ähnlich Rücksichten die Bewilligung des diesjährigen Kredits, von 154 Millionen möglich gemacht haben. Nehmen Sie daher meinen Antrag an.

Von dem Abg. Stavenhagen ist beantragt worden, in Nr. 2 der Resolution die Worte „bis zum verfassungsmäßigen Zustandkommen eines neuen Organisationsgesetzes“ zu streichen.

Abg. Heise: Die Herren auf der Linken wollen wieder ein Provisorium herstellen und deswegen die geforderten Summen en bloc ohne Bezugnahme auf Titel bewilligen, wir dagegen wollen gerade jetzt die Neuorganisation definitiv erledigen und wünschen deshalb die Bewilligung mit Bezugnahme auf die Titel, um alle die bisherigen Streitfragen zu erledigen. Gerade Sie (zu Ihnen) müßten die Erklärung des Herrn Kriegsministers mit grossem Dank hinnehmen und es anerkennen, daß er von Ihnen keine Kreditbewilligung haben will, sondern fest geregelte Normen. Im Gegensatz zu Ihnen glaube ich gerade, daß wir hiermit nicht warten können bis zum Norddeutschen Parlament; gerade hierin muß Preußen bestimmt sein und seine Einrichtungen in die neuen Verhältnisse hinaübertragen. Wollen wir hieran rütteln, so geben wir den Misserfolgen selbst eine Waffe in die Hände. Deswegen vermeiden Sie ein neues Provisorium und geben Sie so auch der Armee die schuldige Anerkennung für die Großthaten dieses Sommers. (Eine Stimme rechts ruft ein sehr lautes Bravo! Heiterkeit.)

Abg. Dr. Birchow: Der Herr Kriegsminister selbst hat es früher wiederholt anerkannt, daß die vorliegende Frage entschieden werden kann durch ein besonderes Gesetz, auf Grund dessen die Bewilligung des Hauses gefordert wird, oder durch den Etat, so daß ein besonderes Gesetz überflüssig wird. Der Herr Vorredner scheint aber keinen von beiden Wegen acceptiren zu wollen, indem er das Bewilligungsrecht verneint und zugleich die Notwendigkeit für die Regierung bestreitet, sich durch ein besonderes Gesetz mit dem Hause auszusezen. Wir können nur den Weg der Verfassung gehen und da sie auf das Gesetz von 1814 hindeutet und dieses sich nicht mit der Neuorganisation verträgt, so halten wir diese für nicht gesetzlich und können das also auch nicht durch Genehmigung des Etats aussprechen. Der Abg. Gneise schien früher durch seine Behandlung dieser Frage einen gewissen Eindruck auf den Kriegsminister zu machen. Sie beanspruchen die Anerkennung der Notwendigkeit der Neuorganisation und wollen ihre rechtliche Stellung durch ein Votum im Etat konstatiren. Wenn das möglich ist, so ist es unzweckmäßig eben so möglich, daß im nächsten Jahre durch einen Strich des Abgeordnetenhauses die Neuorganisation wieder in Zweifel gestellt wird. (Sehr richtig!) Das Budgetrecht des Hauses kann doch unmöglich nur darin bestehen, immer „ja“ zu sagen, sondern es muß auch „nein“ sagen können, und wenn Sie den Anspruch erheben, daß ich hier durch ein positives Votum die rechtliche Stellung der Organisation entscheiden soll, so glaube ich, daß ich sie auch wieder alterieren kann durch ein negatives Votum. Dieser

Text Das Sommerlazareth besteht aus acht Prachtälen von je 34 Fuß Länge, 36 Fuß Tiefe und 16 Fuß Höhe, das ganze Gebäude hat eine Ausdehnung von 250 Fuß Länge und 61 Fuß Tiefe. Je 24 Kranken in einem Saal erfreuen sich hier eines Lustquantums, das alle gewöhnlichen Lazarethlokalitäten übersteigt.

Da es speziell für den Sommeraufenthalt eingerichtet ist, so fehlt die intensive Heizung, doch wird es auch von Gasflammen erleuchtet. Das Sommerlazareth ist errichtet worden, damit während des Sommers in den Räumen der alten und neuen Charité gründliche Reinigungen vorgenommen werden können, zurnal bei vorhergegangenen ansteckenden Krankheiten. Nächst der Lüftung, frischem Ausweisen hat sich in neuerster Zeit als sicherstes Desinficirungsmittel die Wärme herausgestellt, und werden deshalb die Charitäräume von Zeit zu Zeit durch solche Glutströmungen purifiziert.

Die wunderbare Einrichtung der ganzen Anstalt, die Sauberkeit aller Ecken, die reine, gesunde Atmosphäre lädt uns diesen Aufenthalt des Zimmers, des Leids und der Qual, doch wie ein Paradies für die leidende Menschheit erscheinen.

Die segensreichen Einrichtungen der Charité haben sich in diesem hartprüfenden Winter ganz besonders bewährt und wie Viele waren hier in schwerer Krankheit elend umgekommen, wenn sie nicht in der Charité eine Zufluchtsstätte und Heilung gefunden hätten.

Hat sich doch die Gesamtzahl der Berliner Waisenkinder allein in diesem Jahre durch die Cholera um 500 vermehrt und daß die Wunden des letzten Krieges noch nicht völlig vernarbt, beweisen die zahllosen Miethssteuerreste, die sich im Juli allein auf 85.000 Thlr. belaufen haben sollen. Da Berlin etwa 130.000 Haushaltungen zählt, so sind 65 Prozent mit der Miethssteuer in Rest geblieben. Dagegen scheinen sich die übrigen 35 Prozent sehr wohl zu befinden und für diese gut sitzende Minderheit werden die Tafeln der mannigfaltigsten Genüsse immer reicherlicher servirt. Im königlichen Opernhaus wurde die 300ste Aufführung der Zauberflöte zu einer Festvorstellung, wie sie so glänzend und abgerundet eben nur diese reich dotirte Bühne bringen kann. Die Wallner'sche

Standpunkt entspricht vielleicht einem sehr hoch entwickelten konstitutionellen System; er entspricht aber weder den Grundsätzen Ihrer Partei, noch sind wir bis jetzt in unseren Forderungen so weit gegangen, sondern wir haben es nur anerkannt, daß das Budgetrecht des Hauses sich am zweckmäßigsten an bestehende gesetzliche Verpflichtungen anlehnt und die Lage immer am klarsten ist, wenn, ehe Veränderungen faktisch eintreten, die rechtlichen Grundlagen durch die Übereinstimmung der drei gesetzgebenden Faktoren entsprechend geändert werden. Wir haben — ich weiß nicht, wie weit Sie das anerkennen wollen — den Kampf gegen die Neorganisationsgefahr, weil wir überzeugt waren, daß sie so große finanzielle Anstrengungen stellt, daß das Land sie auf die Dauer nicht befriedigen kann und der Etat in anderen Beziehungen ungebührlich verkürzt wird. Wir haben dann in den Erklärungen der Regierung und der Thronrede die Berechtigung zu der Hoffnung gelehrt, daß durch die Annexion darin eine Erleichterung eintrete; jetzt gewinnt es immer mehr den Anschein, als solle nur die gleiche große Last auch auf die neuen Provinzen gelegt werden. (Hört!) Unsere finanziellen Bedenken bleiben also gegen unsere Hoffnung bestehen. Dem vom Gr. v. Westrap geführten Verhältniß der Armee zur Einwohnerzahl stelle ich dabei nur kurz das Verhältnis des Militäretats zu den Netto-Einnahmen des Staats gegenüber. 1849 betrug derselbe 38½ Prozent von diesen, 1866 schon 61 Prozent. (Hört!) Rechnet man den Marineetat dazu, der sich ja später auch noch steigern wird, so beträgt jetzt schon die Militärausgaben 46 Prozent aller Staatsausgaben. (Hört!) Ich halte fest an der Überzeugung, daß es eine Verschwendungen ist, eine so große Zahl arbeitsfähiger Mannschaften 3 Jahre lang festzuhalten und daß es wünschenswert ist, einen ernstlichen Nachlaß der Dienstzeit zu gewähren. (Sehr richtig!)

Wollten wir aber von diesem Allen absieben, so ist es doch eine besondere Bumuthung an dieses Haus, das Alles im Ordinarium zu bewilligen; hätte die Regierung selbst dafür nur ein Extraordinarium gefordert, so stände die Sache ganz anders. Nur mit schwerem Herzen habe ich mich zu dem Pauschquantum entschlossen, aber das ist der einzige Weg, auf dem ich bewilligen kann. Ich fand keinen Ausweg als bei jedem ein Pauschquantum zu offerieren, — nicht, wie der Herr Kriegsminister sagt, zu entkräften. Mindest die Regierung diese Offerte nicht an, so sehe ich mich in der unangenehmen Lage, gegen den Etat stimmen zu müssen, weil ich eine andere Form der Bumuthung nicht mehr finde. Ich bedaure, daß die Erklärungen des Hrn. Kriegsministers nicht so offen gewesen sind, als ich im Interesse der ganzen zukünftigen Entwicklung unseres preußischen Staatslebens gewünscht hätte. Er hat gefragt, allerdings sei die Regierung der Meinung, daß durch die Bewilligung des Etats nicht alle Streitfragen gelöst werden und infolfern könne sie gewissen Punkten der Waldeckschen Resolution zustimmen; er enthalte sich aber der Bezeichnung der Punkte, in denen eine Erledigung durch den gegenwärtigen Etat gegeben sein würde. Damit wird die ganze Zukunft wieder seiner Interpretation überlassen! Damit ist aber diesem Hause und dem Lande nicht gedient. Indem wir aber ein Pauschquantum anbieten, verlangen wir ja jetzt nicht einmal eine bestimmte Erklärung darüber, erkenne vielmehr an, daß die gegenwärtige politische Lage einen erhöhten Kriegsstand rechtfertigt und daß die Gestaltung des ganzen Heereswesens wesentlich dem Norddeutschen Bunde zukommen wird. Drängen wir aber die Regierung nicht, so könnte sie uns gegenüber doch auch warnen, bis wir uns entschieden haben! Das ist kein zweifelhafter und unentschiedener Standpunkt! Wenn aber immer gefragt wird, wie werden ja doch auch im Norddeutschen Parlament sitzen, so ist das zweifelhaft. Trotzdem aber tragen wir den gegebenen Verhältnissen soweit Rechnung, daß wir im Interesse des Ganzen hier auf gegründete Ansprüche verzicht leisten. Mindest die Regierung also das Pauschquantum an, so erhält sie die ganze Summe und behält gegenüber dem Norddeutschen Parlament vollkommen die Freiheit des Handelns. Eine vollkommenen Anerkennung des Geleisteten kann meiner Ansicht nach gar nicht ausgesprochen werden.

Am nächsten kommt unserem Antrage der des Abg. v. Baerst. Dieser altert aber, die Natur des Pauschquantums durch die Beschränkung auf das Ordinarium und schließt jene gefährliche Deutung ein, die wir vermeiden müssen. Dann aber überläßt er durch den Busat die Normierung der Titel dem Ministerium, das dann unser Bevollmächtigter wird. Daraus können dann wieder wieder von der Militärvorwaltung bestimmte Ansprüche entnommen werden. Wir müssen ihr aber da volle Freiheit lassen, auf ihre Verantwortung die anvertrauten Summen zu verwenden. Will aber der Herr Kriegsminister die Verantwortung nicht übernehmen, so bleibt sie die ganze Summe und behält gegenüber dem Norddeutschen Parlament vollkommen die Freiheit des Handelns. Eine vollkommenen Anerkennung des Geleisteten kann meiner Ansicht nach gar nicht ausgesprochen werden.

Eine schuldbeladene Frau, ein eifersüchtiger Ehemann und im letzten Akt ein Duell zwischen Gatte und Liebhaber. Die Franzosen spazieren nun einmal an der Spitze der Civilisation herhaft darauf los und suchen deshalb auch das eheliche Unglück zu ergründen. Im nächsten Monat sollen wir wieder eine neue französische Gesellschaft hier haben, zu Nutz und Frommen unserer Bäcker, die sich dadurch im Französischen vervollkommen und die mittelmäßigen Künstler werden wieder den guten Berlinern all die kleinen dramatischen Anrükkeiten im feinsten Französisch ersetzen, die uns in unserem ehrlichen Deutsch anekeln würden. Auch mit einer italienischen Oper bleiben wir in diesem Winter nicht verschont; eine Kunstreiter-Gesellschaft wird ebenfalls nicht fehlen, und schon jetzt haben wir allerhand Schaustellungen, wie ein anatomisches Museum, dressierte Raubtiere und Elstyx, die gewichtige Schweizerin. Ein hiesiger Taubenliebhaber will sogar den lieben Berlinern ein noch nie dagewesenes Vergnügen bereiten und ein Taubenschießen veranstalten. Die Kroll'sche Bühne hat schon ihre Weihnachts-Ausstellung eröffnet und führt uns diesmal in die Höhle des Kyffhäuser, in der Kaiser Rothbart schlafst und noch immer nicht erwachen will. Auf der Wallner- und auf der Woltersdorff'schen Bühne sind Kindertheater eingerichtet und aus allen Ecken und Enden ertönen Lockrufe, um uns durch allerhand schlechte Vorstellungen unserer gutes Geld abzuziehen. Berlin steht jetzt auf der Höhe der Situation, wir haben fast alles, was unser Herz begehr, selbst die anregendsten parlamentarischen Debatten fehlen nicht und wenn wir erst das Norddeutsche Parlament und eine gute Eisenbahn bekommen, dann hätten wir in diesem Winter den Höhepunkt erreicht und glitten leicht und lustig durch das Leben.

Ludwig Habicht.

Augen schließen vor der großen Ähnlichkeit der jetzigen und der damaligen Lage. Jetzt organisiert der Kriegsminister freilich in den neuen Landestheilen, also auf einem Boden, auf dem wir noch nicht mitzusprechen haben; aber die Einheit der Armee lässt sich nicht bestreiten und kein Mensch behauptet, das gebe uns nichts an. In dieser schwierigen Lage muss das Haus wissen, was vorbehalten und was ausgetragen ist!

„Wird die Frage dem Norddeutschen Parlament vorgelegt und ein Deutungsvorfall geschaffen, dann werden wir in der Lage sein, uns den neuen Verhältnissen zu fügen. Wir wollen nicht die Verantwortlichkeit übernehmen für Beschlüsse, welche Preußen Unzuträglichkeiten schaffen können, gegen die wir so lange gekämpft haben! Zum Schluss erlufe ich Sie nur, nicht etwa von der Meinung auszugehen, wir könnten nicht offen genug sein, einen Irrthum in dieser Richtung einzugehen. Ich selbst habe ja zur Zeit, als ein Entgegenkommen noch möglich war, immer darauf gedrungen, dass die ganze waffenhafte Jugend herangezogen wird und eine Vergroßerung der Armee immer gewünscht. Das ist aber nur möglich mit einer Verkürzung der Dienstzeit. Die Regierung aber hat es uns nicht durch offenes Entgegenkommen möglich gemacht, eine Vereinbarung zu gewinnen, welche Preußen vielleicht weiter gebracht hätte, als die jetzige Einrichtung. (Gelächter rechts.) Sie lachen m. H., weil Sie gar keine Ahnung haben von der Gewalt nationaler Kräfte, weil Sie nicht wissen, was die Begeisterung zu schaffen im Stande ist. Das Ministerium aber weiß das und wird gewiss froh sein, wenn es diese Begeisterung im rechten Augenblick hervorrufen kann. Und ich wünsche von Herzen, dass das Ministerium einst in die Lage kommen möge, von einer solchen Begeisterung Gebrauch zu machen. (Anhaltender lebhafter Beifall.)

Abgeordneter Wagener: Ich werde für den Antrag von Westarp stimmen und wenn Sie ihn mit uns annehmen, Ihnen Sie nichts, als was Sie mit der Erteilung der Indemnität gethan haben; denn mit dieser haben Sie für die Vergangenheit den Militäretat im Ordinarien und Extraordinarium positiv genehmigt. Wir erkennen an, dass durch diese Bewilligungen kein bestehendes Gesetz abgeändert werden kann. Der Abg. Birchow bewegt sich dagegen in Widerwörtern, wenn er sagt: „wir haben zwar im Ordinarien bewilligt, uns aber die gesetzliche Regulirung vorbehalten.“ und wenn er sagt: wir wollen nicht im Ordinarien bewilligen, weil die Sache gefeglich reguliert werden muss. Wir erkennen an, dass durch Etatbewilligungen keine bestehenden Gesetze geändert werden können, behaupten aber, dass, soweit der Etat jetzt vorliegt, er gar keine Aenderung der bestehenden Gesetzgebung involviert. Im Etat steht kein Wort von 5- und 7jähriger Dienstzeit. Der Kriegsminister hat ja erklärt, dass die Regierung ein solches Gesetz vorlegen wird, aber erst dann, wenn alle mitberathen können, die davon betroffen werden; dann ist ja aber das zu erwartende Norddeutsche Parlament nur ein berathendes! Sie kennen wohl das türkische Wort: „Alles ist provisorisch, Allah allein ist ewig!“ Auch unsere Befürde sind ja alle jetzt nur provisoriisch; folgern Sie aber deswegen, dass Sie für Alles nur extraordinaire Gelser bewilligen können oder haben Sie noch bestimmte Hintergedanken, dass Sie nur den Militäretat provisorisch machen wollen? In Bezug auf die Hoffnungen des Vorredners auf eine Erleichterung Preußens im Militäretat glaube ich aussprechen zu dürfen, dass diese in größerem Maasse eintreten wird, als er zu hoffen wagt! Aber grade darum können wir nicht unfertig in die neuen Verhältnisse treten. Die Stellung Preußens ist nicht durch die Neben des Herrn Schulze (Berlin), nicht durch die Revolutionen des Herrn Birchow, sondern durch die gegen ihren Willen reorganisierte Armee geschaffen worden. Sehen Sie doch Preußen als das an, was es ist, ein industrielles Kriegsslager! Ihre Befürde in Bezug auf die deutsche Frage sind durch die Geschichte weggeräumt und es würde einem gänzlichen Mangel an alter politischer Logik bedukten, wenn Sie nur noch Ihre Schlussfolgerungen aufrecht erhalten wollten. Laufen Sie also nicht weiter vergeblich Sturm gegen den Felsen, auf dem Preußen steht. Und namentlich den Herren, die aus der Fortschrittspartei ausgeschieden sind, gebe ich zu bedenken, dass in einem Volk mit allgemeiner Wehrpflicht die Armee ein neutrales Feld für alle Parteien sein müsste! Wer nicht ein sieht, dass Preußen ein industrielles Kriegsslager ist, versteht unsere Lage nicht. Der Einwand, dass der Militäretat zu wichtig ist, als dass er ein bloß angenommen werden könnte, trifft nicht zu; wir haben die wichtigsten Gesetze, das allgemeine Handelsgesetzbuch, das Kriminalgesetz ebenfalls an bloß angenommen. Der Hinweis auf die nationalen Kräfte steht dem Abg. Birchow nicht zu. Die Führer dieser Kräfte sitzen nicht auf seiner Seite, sondern: sie haben und sitzen noch auf der Ministerbank! (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Gneist: Die so eben gerühmte politische Logik liegt doch nicht darin, m. H., dass man jeden Satz beginnt: „Wir wollen den Konflikt nicht erneuern“, in jedem Nachsatz aber alles Mögliche thun, was geschehen kann, um den Streit von Anfang bis Ende wieder in das Haus hineinzutragen, die Gegner zu verleben, zu reizen, in ihrer Aufrichtigkeit, in ihrer Einsicht sie als unlogisch, unzurechnungsfähig und Gott weiß was Alles darzustellen. M. H., wenn der ganze Streit von A bis Z heute nicht wieder aufsteht: das Verdienst des Hrn. Abg. Wagener ist es wahrhaftig nicht, (Schr. wahr! links) wie es überhaupt nicht ist, wenn bei jeder Gelegenheit, wo er das Wort nimmt, die Unimotivität des Streites nicht wieder von vorn anfängt. (Sehr richtig!) Im Übrigen zeigen die Neuherungen aller Parteien, welche nicht darauf berechnet sind, zu provozieren, den Wunsch, einen Streit über die einzelnen Titel des Militäretats diesmal nicht vorzunehmen. Ist dies die Absicht, so handelt es sich um die rein äußerliche Frage, ob entweder die Bewilligung eines Pauschalquantums oder aber ein bloß die Genehmigung der geforderten Summe in Titelbewilligungen ausgeschlossen werden soll. Das einzige wichtige Bedenken, das der Herr Kriegsminister nun gegen die Anträge der linken Seite ausgesprochen, finde ich darin, dass er keine außerordentliche Kreditbewilligung haben will. Aber eine solche liegt ja auch in keinem dieser Anträge, weder den Worten noch der Sache nach. Es handelt sich nicht um eine Oktroyirung, sondern um eine Ermächtigung zu Ausgaben, um eine erweiterte Vollmacht zur Herausgabe der vorhandenen Gelder. Und da bleibt nur die Frage übrig, hat die Regierung vom Regierungstandpunkte aus das Recht, zu verlangen, dass das Haus die Titel spezialisiert, so wie sie da stehen, mit Ja oder Nein beantwortet. Dies Recht würde sie nur dann haben, wenn unsere Partei-Gesinnung irgendwie eine gesetzliche Grundlage hätte; da aber diese ganze Eintheilung nur auf einem Arrangement beruht, da ferner der ganze Charakter der Budgetbewilligung der eines Ermächtigungsgesetzes zu Ausgaben ist, so kann das Haus ganz nach seinem Belieben diese Vollmacht entweder in einer engeren oder einer weiteren Formulirung erhalten, und wenn das Haus nach der beiderlei Natur des diesjährigen Etats sich für Letzteres entscheidet, so liegt darin durchaus keine außerordentliche Kreditbewilligung, durchaus keine Oktroyirung. Es ist dies nur die gewöhnliche Zustimmung zu den Ausgaben in einer etwas weiteren Ausdehnung. Und wenn von der rechten Seite des Hauses behauptet wird, wir wollten damit dem Budget den Stempel des „Provisorischen“ aufdrücken, so ist das ein Vorwurf, der nicht uns, sondern den Zeitverhältnissen gemacht wird. Die definitive gesetzliche Grundlage des Budgets ist in diesem Augenblick überhaupt nicht möglich. Denn für die Gestaltung des Heeres besteht das Preußen von 1865 seit dem Zeitpunkte nicht mehr, wo die Gesetzesvorlage über die Einwerbung der neuen Provinzen die königliche Sanction erhalten hat. Wir müssen fortan eine ganz neue Basis haben. Wir haben schon heute neue Regimenter, die in dem Etat nicht enthalten sind, und die darum doch preußische Regimenter sind, und für die trocken die preußischen Finanzen aufkommen müssen, wenn die Einkünfte der annexirten Länder dazu nicht ausreichen sollten. Von einer definitiven Feststellung des Budgets in diesem Jahr kann also gar keine Rede sein. Liegt die Sache aber einmal so, so ist auch in der Form sicherlich diejenige Art der Beschränzung die angemessene, die dies Provisorische ausdrückt. Damit reducirt sich die Frage darauf, ist es angemessener, die 44 Millionen als Pauschalquantum zu bewilligen, ohne die Regierung in der Herausgabe der einzelnen Titel zu beschränken, oder ist die Form angemessener, 62 Titel und unzählige Hunderte einzelner Positionen ausdrücklich mit Ja zu beantworten, ohne sie zu prüfen? Da empfiehlt sich das Erstere schon aus den alleräußerlichsten Gründen; ich kann Ausgaben von 40 Millionen in Pausch und Bogen bewilligen in Anbetracht der politischen Lage, in Anerkennung dessen, dass die Aufrechterhaltung des kriegsbereiten Heeres notwendig ist; aber mit zuzumuten, einzelne Positionen gut zu beurteilen, ohne sie geprüft zu haben, m. H., dem widerstreift jeder vernünftige Mann vom Standpunkt der Gewissenhaftigkeit aus. Treiben wir das Haus zwangsläufig dahin, 62 Titel und unzählige Positionen spezieller vorzunehmen, so ist es ja unvermeidlich, dass der Streit über eine lange Reihe von Spezial-Formationen wieder aufleben muss. Bei dieser Lage der Sache scheint es mir wirklich erstens ratsam, alle Debatten auf den äusseren Gang der Sache zu beschränken und uns beiderseits zu enthalten, Kriminationen aus der Vergangenheit wieder aufzunehmen, und dann m. H., einen außerordentlichen Glaubensartikel, ein credo, ob nun gerade diese oder jene Form angenommen wird, kann ich trotz aller Bemühungen, die Sache als

richtig darzustellen, nicht finden; und ich stimme für den von uns eingebrochenen Antrag, weil ich ihn der Sachlage nach rechtlich und politisch für zweckmäßig halte.

Abg. v. Vincke (Olendorf): Der Widerstand gegen die Reorganisation gründete sich früher darauf: man sagte sich, wozu diese Opfer an Geld und Arbeitskräften Jahr aus Jahr ein, wenn wir dabei eine schwächliche auswärtige Politik haben, die uns nicht einmal ein Ölmaul erspart? Heute kennt man diese Politik als eine andere und die Männer, die große Resultate erreicht haben, verdienen daher unsere Unterstützung. Die Träger des preußischen Staates sind seine Armeen, seine Finanzen und seine Beamten. Sie sind das Werk der absoluten Regierung und das konstitutionelle Leben, das Abgeordnetenhaus hat an ihrer Herstellung nur einen geringen Anteil, wenn man auch die Verfaßung an den Erfolgen des verlorenen Jahres einen indirekten Anteil zugestehen darf. Zu den Erleichterungen von der Militärlast, welche Sie verlangen, wird der rechte Zeitpunkt erst kommen, wenn das Provisorium unseres Zustandes vorüber und andere große nationale Aufgabe im Interesse des europäischen Friedens bis zur Vollendung gelöst ist. Bis dahin müssen wir die Last unserer Einrichtungen tragen, von denen unsere Leistungsfähigkeit abhängt. Das Beispiel Italiens beweist, dass die Begeisterung allein es nicht thut.

Der Schluss der General-Diskussion wird darauf angenommen.

Der Reg. Kommiss. v. Kölner: Die Regierung hat sich bisher über den Antrag des Abg. v. Baerst noch nicht ausgesprochen. Sie muss zu ihrem großen Bedauern erklären, dass sie auf denselben nicht eingehen kann.

In Folge dieser Bemerkung wird die Debatte wieder eröffnet.

Abg. Dr. Michaelis (Allenstein): Der Abg. Wagener scheint mir seine Qualifikation als Regierungs-Kommissar mit der als Abgeordneter zu wechseln und für die feierliche Ernennung am Schluss weiß ich überhaupt gar keine Qualifikation, in der er gesprochen haben könnte. Die Linke hat nicht die Absicht, in die Einzelheiten des Etats einzutreten; aber die Art, wie das Volk zum Militärdienste herangezogen wird, kann kein Volksvertreter unberücksichtigt lassen. Wir stehen vor der Frage, ob in Preußen auch für die Zukunft die Volksvertretung den nothwendigen Einfluss auf die Organisation des Staats und namentlich auf seine Stellung nach Außen bewahren soll. Ich würde mich nun gern mit der Erklärung vom Ministertische begnügt haben, wenn ich es mit meinem Gewissen und mit meiner Logik gefunden hätte. Ich befindet mich hier in derselben Lage wie bei der Erteilung der Indemnität; auch diese könnte ich nicht ertheilen, weil eine mich zufrieden stellende Erklärung der Staatsregierung fehlt. Auch hier mangelt es nur an einer offenen, klaren, durch keine diplomatische Redewendung verhüllten Erklärung der Regierung. Denn wir wollen thun, was in unsern Kräften steht, um einen Boden für die Zukunft zu reserviren. In diesem Augenblide ist nichts so wichtig, als die Entscheidung, ob wir uns als kriegerischer Staat konstituieren werden, oder aber die höhere Entwicklung der Civilisation als unsere Aufgabe betrachten. Täuschen wir uns darüber nicht, meine Herren, betrachten wir einmal ruhig den Zustand, in den die Welt durch die neueste Aktion unserer Politik getreten ist. Bis jetzt haben wir den bisherigen fortwährenden Kriegszustand dem Caesarismus in Frankreich zugeschrieben. Wir sind jetzt auch mit die Ursache desselben, und wir haben nun eine Wiederholung des mittelalterlichen Zustandes des Feudalreiches, mit veranlaßt durch die neuen Wordinginstrumente (Große Heiterkeit rechts). Lassen Sie, m. H.; Sie würden das nicht thun, wenn Sie noch irgend ein menschliches Gefühl hätten, das ist der Grund, warum ich nie mit Ihnen Sympathie hegen kann. — Lassen Sie sich nicht durch den Erfolg des Augenblicks blinden, m. H., sondern stimmen Sie, wie Sie es für die Zukunft Preußens am besten halten.

Die Abg. v. Baerst und Birchow verständigen sich über einen gemeinsamen Antrag, der dem des Abg. Birchow vollkommen gleicht, nur dass vor den Worte „für die Zwecke“ eingeschaltet wird: „außerhalb des Ordinariums und Extraordinariums“.

Der Präsident versieht darauf einen neuen, vom Abg. Reichenheim im gestellten Antrag, welcher dahin geht, im Kap. 54 zu bewilligen 41,574,384 Thlr., darunter fünfzig wegfallend 118,201 Thlr. (Vergl. den Antrag v. Baerst, den der des Abg. Reichenheim amendiert).

Die Diskussion wird nunmehr definitiv geschlossen.

Der Präsident schlägt vor: 1) die Waldeck'sche Resolution; 2) den Antrag Birchow-Baerst; 3) den Antrag Reichenheim; 4) den Antrag Kneisebeck; 5) den Antrag Westarp, und wenn diese alle abgelehnt werden sollten; 6) die Regierungsvorlage zur Abstimmung zu bringen. — Diese Reihenfolge wird trotz des Widerspruchs des Abg. Graf Bethy-Huc vom Hause abgezögert. In Folge dessen wird zuerst abgestimmt über die Waldeck'sche Resolution und zwar namentlich. Dieselbe wird mit 165 gegen 151 Stimmen angenommen. Die Fraktionen stimmen vollständig geschlossen; dafür die Fortschrittspartei, die nationale Fraktion, das linke Centrum, die katholische und polnische Fraktion, sowie der Präsident von Forckenbeck, dagegen die beiden konservativen Fraktionen und die Allliberalen.

Darauf wird gleichfalls namentlich abgestimmt über den Antrag Baerst-Birchow'schen Antrag; derselbe wird mit 165 gegen 151 Stimmen abgelehnt. Die liberalen Parteien blieben diesmal dadurch in der Minderheit, dass die Abgeordneten Engel, John (Fabian), Krieger (Berlin), Lette, Michaelis (Stettin), Overweg, Reichenheim, Köppel, Richter (Berlin), Stavenhagen, Twedt und Zanders (Mühlheim), jetzt gegen die vorliegenden Anträge stimmen; im Übrigen bleibt das Stimmenverhältnis dasselbe.

(Während der Fragestellung entstand eine kurze Unterbrechung, dadurch, dass auf der rechten Seite des Hauses ein kleines Rauchwölkchen aufstieg und einige besorgte Rufe veranlasste. Wie es scheint, hat nicht das Haus der Abgeordneten, sondern nur eine Cigarre gebrannt.)

Kriegsminister v. Roon erbittet sich das Wort zur Geschäftsausordnung und fragt an, ob eine kurze Bemerkung seinerseits über die Stellung der Regierung zum Reichenheim'schen Amendement als eine Wiederaufnahme der Debatte angesehen würde, wenn der Präsident dieser Ansicht wäre, würde er lieber schweigen. (Heiterkeit)

Der Präsident erklärt, dass nach dem bisher im Hause geltenden Usus eine Erklärung des Ministers allerdings als Wiedereröffnung der Debatte anzusehen sei.

Abg. Heise bittet, diesmal eine Ausnahme zu machen. (Gelächter.)

Präsident v. Forckenbeck: Es liegt gewiss sehr im Interesse des Hauses, die Ansicht der Staatsregierung zu hören; ich möchte deshalb dem Herrn Minister anhören, seine Meinung auszusprechen und abzuwarten, was das Haus in Folge dessen beschließt.

Kriegsminister v. Roon: So erkläre ich mich auch denn Namens der Staatsregierung mit dem Antrage des Abg. Reichenheim einverstanden.

Präsident: Da Niemand das Wort ergreift, (Heiterkeit) so schreite ich zur Abstimmung.

Der Antrag Reichenheim wird mit großer Majorität angenommen. — Die übrigen Anträge sind damit erledigt.

Darauf werden die Einnahmen des Militäretats ohne Debatte bewilligt. Es folgt die Berathung der außerordentlichen Ausgaben. Abg. Reichenheim hat den Antrag gestellt, auch diese Ausgaben, im Betrage von 2,497,131 Thlr. en bloc zu bewilligen.

Abg. v. Höverbeck fragt, ob er sich auch für diesen Antrag der Zustimmung des Ministeriums vergewissert habe. (Heiterkeit.)

Abg. Lasker gegen den Antrag, da er keinen weiteren Grund, als den, schnell fertig zu werden, dafür erblicken könne. Man dürfe aber die Sache nicht übers Knie brechen.

Abg. Reichenheim weist die Neuherung des Abg. v. Höverbeck zurück; so lange er Mitglied dieses Hauses sei, habe er stets nur so gestimmt, wie er es im Interesse des Landes für angemessen gehalten habe, andere Gründe seien für ihn nie maßgebend gewesen. (Beifall rechts.) — Sein Antrag wird mit überwiegender Majorität angenommen, der sich auch von Höverbeck und seinen Freunden anschliesst.

Es folgt hierauf die Berathung über den von den Abggs. Dr. Jansen (Gladbach), Dr. Birchow und Harkort gestellten Antrag: „Die Staatsregierung aufzufordern, die Verbesserung der Besoldungen der Militäärzte schleunigst einzutreten zu lassen und zugleich die militärische Stellung derselben entsprechend zu regeln.“

Abg. Dr. Jansen motiviert unter großer Unruhe der rechten Seite des Hauses den Antrag mit dem Hinweise darauf, dass gerade im letzten Feldzuge die Militäärzte ihr schwieriges Amt außerordentlich gewissenhaft und ruhmvoll verwalten haben. Ihr Gehalt und ihre Stellung aber, führte er weiter aus, stehen in gar keinem Verhältnis zu den Leistungen, die man von ihnen verlangt und zu den Kosten der Ausbildung, die gerade das medizinische Studium erfordert. Das Gehalt der Militäärzte, ist aber seit dem Jahre 1829 nicht gewachsen; damals erhielt ein Regimentsarzt durchschnittlich 1000 Thlr., und zwar je 900, 1000 oder 1200 Thlr.; ein Bataillonsarzt durchschnittlich 500 (400, 500 und 600) Thlr.; ein Kompanie-Chirurgus 10 Thlr. und

Kompaniobrot. Bis 1852 blieben diese Sätze unverändert; nur das Gehalt der Kompanie-Chirurgen wurde um 5 Thlr. vermehrt, dafür wurden aber auch die wissenschaftlichen Anforderungen an dieselben gesteigert; sie erhielten den Titel Assistentärzte und monatlich 20 Thlr. Im Jahre 1860 wurde das Gehalt neu normiert, und zwar das Gehalt der Regimentsärzte durchschnittlich auf 983/, das der Bataillonsärzte auf 404; außerdem erhielten 156 Assistentärzte eine Zulage von 60 Thlr., also jährlich 300 Thlr.; 387 Assistentärzte aber haben, nach wie vor nur 240 Thlr. jährlich (hört hört). Civilpraxis nebenbei zu betreiben ist den Militäärzten häufig ganz unmöglich, da sie ursprünglich beschäftigt sind und sodann sehr häufig ihre Garnison wechseln müssen. Die übrigen Militärbeamten, an die bei Weitem nicht so grosse Anforderungen gestellt werden, sind verhältnismäßig viel besser gestellt. Auch die Pension der Militäärzte ist sehr gering bemessen; wenn sie es hoch bringen nach einer 40jährigen Dienstzeit, bekommen sie vielleicht 275 Thlr. Ihre militärische Stellung ist aber eine unhaltbare und unangenehme Zwischenstellung; sie sind weder Offiziere noch Beamte, haben aber im letzten Kriege sich sicherlich ebenso ausgezeichnet, wie die Offiziere; auch ihr Bildungsgrad und die Verantwortlichkeit, die sie zu tragen haben, dürfte sie wohl genug zu einer Gleichstellung mit diesen qualifizieren.

Kriegsminister v. Roon: Die Regierung erkennt die Berechtigung des gestellten Antrages vollkommen an; es hätte aber für dieselbe eines solchen Antrages nicht bedurf, da sie aus eigenem Antrieb die Angelegenheit bereits in ernsthafte und wohlwollende Erwägung gezogen hat; sie beabsichtigt sowohl die Pekuniäre, als die Rangstellung der Ärzte in einer Weise zu verbessern, wie es die Willigkeit verlangt. Indes geht dies nicht so auf einmal; aller Anfang ist schwer. Ich glaube aber in Übereinstimmung mit dem Herrn Finanzminister (Heiterkeit) verführen zu können, dass diese Ansprüche schon im Etat des nächsten Jahres Berücksichtigung finden werden. Die Ungleichheit der Besoldungen trifft aber nicht bloß bei den Militäärzten zu, auch die Subalternoffiziere z. B. sind in ähnlicher Lage, es lässt sich aber dem Allem nicht auf einmal abheben, da der Etat nicht die Mittel dazu nachweist.

Es wird darauf Schluss beantragt und angenommen, und über den Birchow-Jansen-Harkort'schen Antrag abgestimmt. Dafür stimmen die liberalen Fraktionen, die Polen und Katholiken, von den Konservativen Anfangs nur Einzelne; als jedoch die übrigen jahren, dass sich auch die Minister v. d. Heydt und v. Roon dafür erheben, steht unter großer Heiterkeit der linken Seite nach und nach die gesammte Rechte auf, so dass der Antrag schließlich einstimmig angenommen wird.

Darauf wird die Sitzung um 3½ Uhr geschlossen; nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. Tagesordnung: Etat der Marineverwaltung.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 11. Dezember. In der letzten vertraulichen Sitzung unserer Stadtverordneten ist auf Anregung eines Magistratsmitglieds beschlossen worden, das Bogelsdorff'sche Mühlengrundstück am Sapieha-Platz für die Summe von 34,500 Thlr. anzukaufen. Die bisher noch bestehenden formellen Bedenken sind nicht schwer zu beseitigen, und so möchte dem definitiven Abschluss des Kaufs nichts entgegen stehen. An der Stelle der jetzigen Mühle, welche der Magistrat wieder zu veräußern beabsichtigt, würde sich dann ohne Zweifel bald ein neues großes, den Platz zierendes Gebäude erheben, während der Teich verschüttet und die Bogdanta überdeckt werden würde, so dass der Sapiehaplatz eine sehr erwünschte Vergrößerung erhalten kann.

— Die zweite Vorlesung des Herrn Dr. Hüppé über Friedrich den Großen führt uns auf die Schlachtfelder des siebenjährigen Krieges und zu den Verhandlungen der ersten Theilung Polens, jenen beiden Angelpunkten, welche dem preußischen Staat erst eine welthistorische Bedeutung und Zukunft in dem europäischen Staatenbunde sicherten. Der junge Historiker zeigte dann, wie jener große Monarch bemüht war, die durch das Schwert und seine wohlberechnete Politik erworbenen

des Herrn Rückel (Breslauerstraße Nr. 15.), enthält eine reichhaltige Auswahl von Artikeln, die mittels der Nähmaschine hergestellt worden sind. Wir sehen zahlreiche Weißwaren für Damen und Herren, die an Eleganz nichts zu wünschen übrig lassen. Damen tüfteln besonders die ausgelegten neuen Modelle von Damenbekleidung, mit denen gleich die Beinkleider verbunden sind, interessieren ebenso die reizend garnierten Unterkörner, gesteppten Theater-Kapotten &c. Herr Rückel hat auch einige Proben aus seinem Nähmaschinen-Depot ausgestellt und wir bemerken, daß dasselbe Maschinen von 30 Thlr. an enthält. Tapeten-Werk (Breslauerstraße 36) hat unter Anderem eine Anzahl kleiner Fußbänkchen zum Preise von 1 Thlr. ausgestellt, ferner ein recht sauber gearbeitetes Schlosspapier, 20 Thlr., Proben seines Tapetenlagers und sehr verschiedenes Gardinenhalter. Hieran schließt sich eine sehr reichhaltige Ausstellung von Buchbindereien und Galanterie-Artikeln des Herrn Kohlschütter (Markt 70), alles Gegenstände, die modern und äußerst elegant sind, entsprechend der ganzen Ausstattung des Kohlschütterschen Geschäfts. Diese prachtvollen Album in Saffian mit bronzierten Beschlägen und die noch schönen Sammeteinbände, mit der blendenden Sammetvergoldung, Bigarrentaschen und Portemonnaies mit Reifüberbeschlägen, unterlegter eine Novität, die geöffnet, die Form eines Nachens bilden, Damen- und Herren-Necessaires, Bigarrentempel mit Muß, vier Piecen spielend, prächtige Schreibzeuge in Gußeisen und Mahagoni, Schreibmappen und Papeterien — das Alles sind geeignete, nobile Weihnachtsgeschenke. Für Kinder hat Herr Kohlschütter eine beträchtliche Anzahl von Bilderbüchern, Notizbüchern, Federkästen u. s. w. ausgelegt und nur die Wahl unter diesen zahlreichen Gegenständen dürfte dem Käufer hier Dual bereiten.

(Fortsetzung folgt.)

□ Grätz, 9. Dezbr. [Städtisches.] Der biefige städtische Statist für das Jahr 1867 in seiner Ein- und Ausgabe ab mit 9829 Thlr. 19 Sgr. 2 Pf. Die Einnahme weist nach: 1) an beständigen Einnahmen 25 Thlr. 10 Sgr.; 2) an unbeständigen Gefällen 132 Thlr.; 3) an Pachtgefällen 2625 Thlr., in dieser Position sind unbegriffen die Wassersteuer für die Bierfabrikation mit 1620 Thlr., das Jahrmarktsstandgeld mit 254 Thlr. und die Plasterzollpacht mit 706 Thlr.; 4) aus dem königl. Steueramt 4891 Thlr.; 5) an Binsen von Aktivis 6 Thlr. 8 Sgr. 6 Pf.; und 6) an Kommunal-Beiträgen 2149 Thlr. 8 Sgr. 2 Pf. Die Ausgabe weist nach: 1) an Besoldungen 1602 Thlr.; 2) zu Bauten 510 Thlr.; 3) zu Rathäuslichen Bedürfnissen 176 Thlr.; 4) an Kirchen- und Dominalabgaben 1008 Thlr. 22 Sgr. 5 Pf.; 5) an Binsen von Passibus 155 Thlr. 11 Sgr.; 6) zur Unterhaltung der Schulen 324 Thlr.; 7) zur Strafreinigung und Beleuchtung 156 Thlr.; 8) zur Unterhaltung der Ortsarmen 983 Thlr.; 9) zu polizeilichen Transporten, Wegebauten, außerordentlichen Unterstützungen &c. 1326 Thlr.; 10) Pensionen 37 Thlr. 10 Sgr.; 11) an Tantien und anderen permanenten Ausgaben 279 Thlr.; und 12) an Extraordinaria 272 Thlr. 5 Sgr. 9 Pf. Trotzdem unsere Stadt in diesem Jahre 1300 Thlr. Mobilmachungsgelder, ohne besonders zu repartieren, verausgabt hat, nimmt sie doch einen Baarbedarf von circa 2000 Thlr. in das Jahr 1867 über. — Am 7. Abends gegen 11 Uhr brannte während des furchtbaren Sturmes ein auf dem Felde einzeln stehendes, zu dem Dorfe Kobylnik gehörendes Wohngebäude nebst Stallung ab. Wie das Feuer entstanden ist bis jetzt nicht ermittelt, wahrscheinlich liegt Fabrikstieg zu Grunde.

□ Rawicz, 9. Dezember. [Kleine Notizen.] Voriges Jahr um die Weihnachtszeit wurde einem biefigen Handelsmann eine Gans entwendet, welche dem Diebe so gut geschmeckt haben muß, daß er in diesen Tagen seinen Besuch nicht ohne Erfolg wiederholte. Aber dieses Mal fand er das Flügelbein weniger fest und fühlte sich deshalb gedrängt, dem Damnitaten in einem per Stadtpost ihm zugesandten Briefe sein Mißfallen darüber in Verlen auszufreden. Nicht aufzufinden damit, dem Schaden Hohn hinzugetragen zu haben, kündigte er in einer wohl einer besseren Sache würdigen Postie seinen Besuch auch für das künftige Jahr mit der Mahnung an, für die Fütterung der Gänse eine größere Sorgfalt an den Tag zu legen. Bis dahin aber wird es wohl unserer Polizei, die bereits die nötigen Recherchen angestellt hat, gelungen sein, dem Herrn Langfinger eine mehr magere Kost zu gewähren. — Das diesjährige Verfahren vor der Gerichtsabtheilung für Strafsachen nahm zwei völle Tage der Gestalt in Anspruch, daß die Verhandlung für die dabei mitwirkenden Personen äußerst anstrengend war. Wir sind zu wenig langlebig, um kosten zu können, daß in Zukunft die Zahl der Vergehen abnehmen werde, und deshalb freuen wir den Wunsch aus, daß das Maß von 2 Tagen in jedem Monate, das bis jetzt für dergleichen Strafsachen bestimmt ist, wenigstens um einen Tag verlängert werden möge. Die verhandelten Sachen selbst boten wenig Interessantes in juristischer Beziehung, während gerade dieses Maß für den Psychologen die Wahrnehmung besonders stark zu machen war, daß die Not die Mutter der bei Weitem größten Zahl der Verbrechen ist. Eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung, ein in unserer Gegend selten vorkommene Vergehen, endete mit der Verurtheilung des Angeklagten in eine 4 monatliche Gefängnisstrafe; eine andere, lautend auf Verleumdung des §. 141 des Strafgesetzbuches, Abschnitt 2, wurde mit Ausschluß der Offenheitlichkeit verbandelt. Die verhältnismäßig geringe Strafe im ersten Falle rechtfertigt sich aus dem hohen Grade der Crimthalität, in der jene ehrfurchtverleidende Ausserung über Se. Majestät erfolgt war.

Heute Nachmittag in der vierten Stunde wurde hier am westlichen Himmel ein für diese Jahreszeit und für die begleitenden Umstände seltenes Phänomen beobachtet. Bei ziemlich heiterem Himmel zeigte sich auf einer schwärzlich weißen Wolke Anfangs in gerader Linie die Erscheinung von bunten Farben, die erst allmählich sich als Regenbogenfarben kennlich machten, als jene gerade nach und nach eine halbkreisförmige Gestalt annahm. Als so das Phänomen auf dem Höhepunkt seiner Intensität angelangt war, fiel ein feiner, kaum wahrnehmender, spärlicher Schnee. Die Unterlage der Erscheinung war inzwischen ganz dunkel geworden, wurde aber recht bald wieder vom schönsten Blau durchbrochen. — Die Balken, hinsichtlich der Lehrerstellen in biefiger Stadt sind größtenteils besetzt. An der evang. Knabenschule, an Stelle des abgegangenen Nektor Geldner, der einem Ruf als Pastor in die Gegend von Bunzlau folgte, ist bereits sein Nachfolger, Namens Liepold, in Tätigkeit. In der Mädchenschule fiel die Wahl für die dafelbst zu besetzende dritte Lehrerstelle auf Herrn Hubel, der gegenwärtig in Oberchristien eine Anstellung hat. Dagegen ist an der Realchule eine Balkan für Ostern eingetreten. Für das zu besetzende Fach, Unterricht im Lateinischen und Französischen für die mittleren Klassen, haben unsere Stadtverordneten das Gehalt von 500 Thaler auf 550 Thaler erhöht. Bei dieser Gelegenheit wollen wir die Municipalenz, mit der von den Bewohnern unserer Stadt für das qu. Institut gesorgt wird, hervorheben. So haben die Stadtverordneten den neuen Normalat für die Lehrer an der Realchule bereits vom nächsten Neujahr ab einzuführen beschlossen, während eine gesetzliche Verpflichtung hierauf erst von 1868 ab vorlag.

In künstlerischer Beziehung hat unsere Stadt einen Fortschritt gemacht. Von Seiten der Militär-Kapelle sind Sinfonie-Konzerte angekündigt, die sich einer recht lebhaften Teilnahme erfreuen. Anzuerkennen ist es, daß Dilettanten aus hoher sozialer Stellung im Interesse der Kunst ihre Mitwirkung eintreten lassen. — Der biefige Handwerkerverein zählt, trotzdem er erst kurze Zeit besteht, gegen 200 Mitglieder. Während der Kriegszeit war das Interesse für die draufen vor sich gehenden Dinge auch offiziell aber war das Interesse für die draufen vor sich gehenden Dinge auch in unserer Stadt ein lebhaftes, daß dafür das Interesse für die inneren Angelegenheiten in den Hintergrund trat. So trat denn eine Vertagung des Vereinslebens über den Sommer hinaus ein. Nach der Friedensfeier wurde nicht blos der Verein wieder thätig, sondern hat es sich auch durch seinen Vorstand angelehn sein lassen, für eine ausreichende Zahl von Vorträgen Sorge zu tragen. Für die Verhältnisse in unserem Drie ist es gewiß zweitensprechend, daß das in Rede stehende Institut sich von jeder Tagespolitik fern hält.

□ Wohlstein, 8. Dezbr. [Stadthaushalt-Etat; Wohlhäufigkeit.] Der biefige Stadthaushalt-Etat pro 1867 enthält folgende Einnahmenposten: Bom Grundgegenbund 293 Thlr. 27 Sgr. 6 Pf. von Berechnungsgebühren; Bom Grundgegenbund 300 Thlr. am Binsen von Aktivis 123 Thlr. 21 Sgr. 9 Pf. an aufzulösenden Einnahmen 371 Thlr. 20 Sgr. 8 Pf., an direkten Kommunalbeiträgen 2632 Thlr. 15 Sgr. 6 Pf., in Summa 372 Thlr. 25 Sgr. 5 Pf. an Ausgabenposten sind: An Besoldungen 1040 Thlr. 6 Sgr. Verwaltungsausgabenposten sind: An Befolbungen 141 Thlr. 15 Sgr. landesherrliche und Societätsabgaben 18 Thlr. 17 Sgr. 10 Pf. Binsen von Passibus und zur Abbildung des Kapitals 370 Thlr. Bauten und Reparaturen 150 Thlr. Unterhaltung der Feuerlöschgerätschaften 15 Thlr. Kreisstammal und Provinzialbeiträge 1599 Thlr. 16 Sgr. 7 Pf. (400 Thlr. mehr als 1866). Extraordinaria 100 Thlr. zur Deckung der Ausfälle bei den Einnahmetiteln 100 Thlr. auf Ortsarmenpflege 400 Thlr. an Verbündlichkeiten gegen Kirche und Schule 27 Thlr. in Summa ebenfalls 3721 Thlr. 25 Sgr. 5 Pf. — Der unter den Israeliten seit längerer Zeit bestehende Verein „Gefellschaft der Freunde“ hat dieser

Lage 14 arme, fleißige Schulkinder mit Winterbekleidung versehen und bietet für ca. 45 Thlr. verfügbare.

* Gnesen, 8. Dezbr. Ihr p. p. Referent nennt in Nummer 285 dieser Beitung das am 2. d. M. hier stattgehabte Konzert ein Kinder-Konzert. Wie er zu diesem Titel gekommen ist mir unbegreiflich. Denn in obengenannten Konzert wirkten 22 Dilettanten mit, von denen höchstens 6 zu den Kindern zu rechnen sind. Die übrigen dagegen waren teils Damen aus den höheren Ständen Gnesens, teils gehörten sie dem Lehrer-Kollegium des Gymnasiums und der Stadtschule an, teils waren es Schüler der beiden obersten Klassen des Gymnasiums.

Nachdem ich nun glaube, hinreichend bewiesen zu haben, daß dieses Konzert keineswegs den Titel eines Kinder-Konzerts verdiente, will ich mir erlauben, einer hochverehrten Redaktion noch einiges über das Konzert mitzutheilen.

Die Haupt-Piece war unstrittig das von den Doktoren Herren Leichmüller und Roeder ausgeschriebene „Grand Duo sur l'opéra Guillaume Tell pour le Violon et le Fortepiano.“ Auch wurden unter anderem die Ouvertüren zu den „Nibelungen“ und zu „Dichter und Bauer“, beide zu 8 Händen, sowie die Fantasie über ein deutsches Thema von Leybach und über den „Abisch von Maria“ (v. Rücken), von Cramer ohne Lade ausgeführt.

Statistische Korrespondenz

von Dr. Engel.

Einem Artikel der Nr. 7—9 der Zeitschrift des königl. preuß. statistischen Bureaus über die Stärke der Armeen des diesjährigen Feldzugs und über deren Verluste an Offizieren und Mannschaften, Aerzten und Krankenträgern, entnehmen wir folgende Notizen:

Nach der Ordre-de-Bataille zählte die gesamme 1866 ins Feld gestellte preußische Truppenmacht 363.109 Mann, bestehend aus 281.565 Mann Infanterie, 39.108 Mann Kavallerie, 32.236 Mann Artillerie und Pioniere und 10.200 Mann Jäger und Schützen. Unter diesen Truppen waren 7091 Offiziere, welche 356.018 Unteroffiziere und Mannschaften kommandierten. Die Truppenmacht war bekanntlich eingeteilt in eine Ost- und Westarmee. Zu jener, unter dem Kommando Sr. Majestät des Königs, gehörte die I., II. und die Elbarmee; die Westarmee operierte für sich. Die einzelnen Armeen waren zusammengefaßt, wie folgt:

	Infanterie.	Kavallerie.	Artillerie &c.	Jäger &c.	Zusammen.
I. Armee.	70.375.	12.750.	10.744.	3060.	96.937.
II. Armee.	94.852.	12.120.	13.050.	5100.	125.122.
Elbarmee.	57.470.	7734.	4862.	1020.	71.086.
Westarmee	58.868.	6496.	3580.	1020.	69.964.

Bei diesen Armeen wurden, nach den bis jetzt veröffentlichten 12 Verlustlisten, 2910 Mann getötet, 15.554 verwundet und 3022 vermisst. Das sind, auf je 1000 Mann Effektivstärke berechnet, 8, pro Mille Tote, 42, pro Mille Verwundete und 8,2 pro Mille Vermisste. In den einzelnen Armeen stellten sich diese an und für sich günstigen Verhältnisziffern etwas anders. Die Zahl der Todten ist in der I. Armee 945 (9,1% pro Mille), in der II. 1236 (9,8 pro Mille), in der Elbarmee 225 (3,1 pro Mille) und in der Westarmee 504 (7,2 pro Mille). Die Zahl der Verwundeten ist: in der I. Armee 5422 (55,1% pro Mille), in der II. Armee 5843 (46,1% pro Mille), in der Elbarmee 1504 (21,1% pro Mille), in der West-Armee 2785 (39,8% pro Mille). Ueber das Schicksal der Vermissten lassen die Verlustlisten noch einiges Dunkles bestehen. Sie weisen nach 1369 (14,1% pro Mille) bei der I. Armee, 1073 (8,1% pro Mille), bei der II., 241 (3,9% pro Mille), bei der Elbarmee und 329 (4,1% pro Mille) bei der Westarmee. In jeder der genannten Armeen sind die Offiziere durch Heldenmuth und Todesverachtung ihren Mannschaften mit gutem Beispiel vorangegangen; ihre Verluste an Todten sind mehr als das Dreifache, an Verwundeten mehr als das Doppelte der Mannschaften. Und wenn man sämtliche Vermissten zu den Todten rechnete, so würden die Offiziere immer noch 26,65 auf je 1000 Offiz. die Mannschaften aber nur 16,18 auf je 1000 Mannschaften zu beklagen haben. Auffallend sind die fast identischen Tötungs- und Verwundungsziffern der I. und II. Armee. Die I. erlauft ihre Siege mit einem Verlust an Todten von 11,8% pro Mille Infanterie, 5,4% pro Mille Kavallerie, 2,1% pro Mille Artillerie &c., 6,2% pro Mille Jäger &c., in Summa mit 9,1% pro Mille, wovon 9,2% auf die Mannschaften kommen. Die entsprechenden Zahlen der II. Armee sind: 11,8% Infanterie, 5,2% Kavallerie, 2,1% Artillerie &c., 7,0% Jäger &c. und 9,8% insgesamt, wovon 9,2% auf die Mannschaften treffen. Rechnet man auch hier die Vermissten zu den Todten, so stellen sich die Zahlen für die I. Armee etwas ungünstiger, als die der II. Armee. Die Westarmee erlitt nur einen Verlust von 8,1% pro Mille Infanterie, 2,1% pro Mille Kavallerie, 1,6% pro Mille Artillerie &c., 0,0% pro Mille Jäger &c. und 7,2% pro Mille insgesamt, worin 6,8% pro Mille den Mannschaften zufommen.

In allen diesen Verlusten sind die durch Cholera und andere Krankheiten verursachten nicht unbegriffen, wohl aber umfassen sie auch die nachträglich an ihren Wunden in Lazaretten Gestorbenen, soweit die amtlichen Verlustlisten es funden.

Diese Quelle enthält auch die Nachweise an Todten, Verwundeten und Vermissten von jedem einzelnen Regiment, unter Angabe des Orts und der Veranlassung des Verlustes. Einzelne Regimenter sind überaus schwer beimgesucht worden. Es ist interessant zu erfahren, wo das getötet ist. Im Munde des Volkes leben als berühmte Schlacht- und Gefechtsorte des böhmischen Kriegsschauplatzes z. B. die Namen Nachod, Trautenau, Salitz, Gitschin und vor Allem die Schlachtkarte des 3. Juli Chlum, Sadowa, Königgrätz &c. Ebenso unvergänglich sind der preußischen Bevölkerung die Namen Langensalza, Rüdersdorf, Uettingen und andere auf dem Schauspiel der Westarmee. Nun, die Verluste waren:

	Offiziere:	Mannschaften:				
	verw.	todt vermis.	verw.	todt	vermis.	
bei Nachod	46	12	—	904	230	149
— Trautenau	33	9	—	876	186	188
— Salitz	34	6	—	857	191	132
— Gitschin	39	16	1	860	159	66
— Königgrätz (überhaupt am 3. Juli)	249	75	3	6455	1097	1817
— Langensalza	24	7	—	524	92	75
— Rüdersdorf	18	8	—	644	122	74
— Uettingen	26	6	—	566	103	75

Da im Ganzen während des Feldzuges 1866 151 Schlachten, Gefechte und Gefechtszüge stattfanden, welche von Verlusten dieser oder jener Art begleitet waren, so sind bei den obigen Namen in keinem Falle die Verluste sämtlicher Affairen, welche man jetzt unter diesen Namen begreift, verzeichnet; die betreffenden Verluste beziehen sich lediglich auf den Hauptort der Affaire. Nur bei Königgrätz ist Alles, was am 3. Juli auf dem böhmischen Kriegsschauplatz vor sich ging, zusammengefaßt. Es war ein schwerer Tag für Preußen, allein den außerordentlichen Vorteilen gegenüber, die er gebracht, sind die großen Verluste desselben dennoch klein zu nennen.

Literarisches.

Rathgeber auf dem Wochenmarkt. Eine Ergänzung zu jedem Kochbuch von Karl Rus. Verlag von Ed. Treuenb. Breslau. 1867.

Die gute Hausfrau ist schon früh auf den Markt gegangen, hat ganz gebündnisvoll im Korb einen schweren Gegenstand nach Hause geschafft und nachdem alle schwierigen Vorbereitungen beendet, beginnt in der Küche ein Braten und Schmoren und die liebende Hausfrau lächelt vergnügt vor sich hin, sie will ihren Mann mit einem guten Braten überraschen, aber dem Gatten kann die Unwesenheit des Döfers nicht länger verborgen bleiben, er riecht den Braten, selbst wenn die Kinder nicht bereits ausgeplaudert: „Wir haben heute eine Gans.“ Erwartungsvoll sehen sich alle zu Tisch, die lieblich duftende, so prächtig braunliche Gans erscheint endlich, der Hausherr ergreift das Messer, um es mit würdevoller Haltung in den Leib des vielversprechenden Tieres zu versetzen — ein Schnitt — und das Messer entflieht seiner Hand — „Die Gans ist alt! — Selbst dem besten Meister und den schärfsten Bären weiß die alte Gans-Urabe mit seltener Bähigkeit zu widerstehen und statt der gehofften Tafelfreuden giebt es Anklagen, Vorwürfe und Thränen.“ „Du hättest dich besser vorsehen müssen“, meint der Gatte. „Ja, wenn die Gänse einen Taufschmuck mitbrächten“, sagt die junge Frau.

Nun, das vorliegende Buch sorgt dafür, daß unseren auf den Wochenmarkt gehenden Hausfrauen ähnliche Fatalitäten erspart werden und sie das Alter der Gänse und alles übrigen Geftügels auch ohne Tauschein sofort erkennen. Das Rus'sche Werk hilft wirklich einem lange gefühlten Bedürfnis ab und breitet sich nicht über alle Eßwaren, sondern über alle Haushaltungsgegenstände aus, gibt nach allen Seiten hin gute Ratshschläge und Winke, und ist in der That ein so vortrefflicher Rathgeber, daß ohne ihn keine Hausfrau mehr den Wochenmarkt befürchten sollte. Das außerordentlich reichhaltige, elegant ausgestattete Werk kostet nur einen Thaler und in Unbedacht seiner wahrhaft guten

dem er 3 Ctr. Kalisatz zugesetzt habe, gedüngt und sonst gleichmäßig behandelt habe. Wenn auch dem Augenschein nach kaum ein Unterschied in dem Wachsthum der Kartoffeln zu erkennen gewesen sei, so hätte ihn die Ernte der Kartoffeln um so mehr überrascht, denn während ihm die anderthalb Morgen, die mit einem Stallmist gedüngt gewesen seien 41 Centner Kartoffeln ergeben hätten, hätten ihm die übrigen anderthalb Morgen, die zugleich einen Zusatz von Kalisatz erhalten, 56 Centner Kartoffeln ergeben.

Bermischtes.

* Als Vorgeschmack, wie das europäische Publikum bei der Pariser Ausstellung ausgebeutet werden soll, kann die Notiz dienen, daß Dentu für das Privileg, den Ausstellungs-Katalog allein herauszugeben zu dürfen, nicht weniger als 503,000 Fr. bezahlt hat. Natürlich muß der Katalog so viel teurer werden, daß diese Summe reichlich ersetzt wird.

(Eingesandt.)

Wer Kinder gern lachen sieht, der kaufe ihnen das neue Spiel *Hans im Glück*, ein originales Würfelspiel. In Posen auf Lager bei **Ernst Rehfeld**, Wilhelmplatz 1.

(Eingesandt.)

Wer seinen Kindern ein höchst sinniges, auch an Ausstattung äußerst geschmackvolles Geschenk machen will, der kaufe das neu erschienene Märchenbuch von Dr. Herm. Alette. In Posen auf Lager in **Ernst Rehfeld's** Buchhandlung, Wilhelmplatz Nr. 1.

Dokumente die der Beachtung verdienen und der Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden sollen.

Die uns vorliegenden statistischen Berichte über den Import von Genussmitteln weisen uns eine anhaltende Abnahme der Einführung an Porter und Ale in Deutschland nach, und die Ursache liegt, nach dem Berichte eines Londoner Porterbierbrauers, unzweifelhaft darin, daß diese Biere dem inländischen billigeren, und doch in jeder Beziehung vorzuziehenden Hoff'schen Malzextrakt-Gesundheitsbier nachstehen. Natürlich wählt das Publikum zu seinem Genusse unter gleichen Verhältnissen lieber dasjenige Bier, das ihm von seinen Ärzten als zweckmäßig für die Gesundheit empfohlen ist, namentlich wenn letzteres den Separativtheil der höchsten Schmackhaftigkeit mit der gesundheitsfördernden Eigenschaft verbindet.

Ganz ähnlich verhält es sich mit der Hoff'schen Malz-Gesundheits-

Chokolade, welche nach Frankreich, Spanien, Italien, Belgien, Holland und England in Massen ausgeführt wird, also die besten französischen, italienischen und englischen Chokoladen in ausschließlicher Zeit überflügelt haben müssen. Das nachgewiesene Freizeit von allen ungeborenen Nebenstoffen hat allerdings der Hoff'schen Malz-Gesundheitschokolade eine ungeahnte Menge von Liebhabern zugeführt, wie der riesige, auch den Güterexpeditionen sich bemerkbar machende Absatz beweist. Der Grund dieser Erscheinung liegt allein in der Güte und der sanitätlichen Wirkung der Ware, weshalb denn auch die Ärzte, welche in dieser Hinsicht wegen ihrer Pflicht doch sehr diffizil sein müssen, dieser Malz-Gesundheitschokolade so sehr das Wort tragen.

So wenig wir daran denken, Reklame machen zu wollen, so wenig können wir andererseits den offensichtlichen Fortschritt in der Hygiene ignorieren, welcher die Heilnahrungsmittel in ihren Bereich zog und die Hoff'schen Malz-Heilnahrungsmittel an deren Spitze stellte. Bei ihrer alimentären Wichtigkeit unterzogen viele chemische Laboratorien gebrochene Fabrikate einer Analyse und sprachen sodann ihre Ansichten aus. Das polytechnische Bureau in Breslau schreibt uns vor einigen Tagen durch den Herrn Vorsteher Dr. Werner: „Das Hoff'sche Malzextrakt-Gesundheitsbier, wie auch die anderen Hoff'schen Malz-Heilnahrungsmittel, Malz-Gesundheitschokolade, Brustmalzbombons usw., sind im chemischen Laboratorium einer genauen chemischen Analyse unterworfen worden. Es ist gefunden, daß alle diese Präparate sich zum Genusse für Kräfte und Nervensubstanzen außerordentlich eignen, indem die darin enthaltenen Bestandtheile wirklich höchst nahrhaft und leicht verdaulich sind.“ — Dr. Werner, Vorsteher des polytechnischen Büros zu Breslau. — Dr. Weinschenk, Königlicher Oberarzt des Invalidenbaues zu Stolp, äußert sich über die Malz-Gesundheitschokolade (im November c.): „Sie hat entzückte Personen in unerwartet schneller Zeit gestärkt und vollkommen hergestellt. Das Chokoladenpulver wurde bei Säuglingen, denen es an militärischer Nahrung fehlte, und bei älteren schlecht genährten und darum leidenden Kindern mit bestem Erfolg angewendet; der Brustmalzbutter und die Malzbombons haben sich bei tatarhalischen Brust- und Halskrankheiten vorzüglich bewährt.“ Von der Wirkung des Malzextrakts sagt derselbe Arzt: „Dieses Gesundheitsbier hat sich bei Asthma, Unterleibskräften, Stropheln, Gicht und Hypochondrie heilsam bewiesen und bei entnervten Personen, die in Folge von Nervenschwäche dem Tode zu verfallen scheinen, fast Wunder gebracht.“ Letztere Erklärung findet durch den Regimentsarzt Dr. Mederer Edler von Wutbauer in Baden (Oestrich) ihre Bestätigung. Derselbe sagt in einem eben angeliehenen Schreiben: „Ich bin jetzt 84 Jahre alt, und habe das hohe Alter meistens Ihrem vorzüllichen Malzextrakt zu danken. Wie lieblich es schmeckt und hilfreich ist, beweisen die wiederholten Bestellungen. Se. Excellenz der Herr Staatsminister von Elsner in Adelsdorf bei Haynau hatte auf seinem Schlosse ein Privatlazareth errichtet, wo, wie fast in allen Lazaretten, die Hoff'schen Malzfabrikate und besonders das Malzextrakt-Gesundheitsbier mit gutem Erfolg angewendet wurden. Seine Excellenz bat später für sich selbst das Bier bezogen und so großes Wohlgefallen daran gefunden, daß er heute schreibt: „Ich bitte unter Zurücksendung von 100 leeren Flaschen um schnellste Zustellung von 100 vollen.“ Dies ein Beispiel für tausend.“

Wir schließen diesen Artikel mit der Versicherung, daß eine spätere Zeit das Auftreten dieser Hoff'schen Malz-Heilnahrungsmittel, die allgemeine

Beliebtheit erlangt haben, und zu denen namentlich der des diätetischen Lebens Bedürftige sich wendet, als eine Epoche in der Sanitätsgeschichte bezeichnet wird.

Von den weltberühmten patentierten und von Kaisern und Königen anerkannten Johann Hoff'schen Malzfabrikaten: **Malzextrakt-Gesundheitsbier, Malz-Gesundheits-Chokolade, Malz-Gesundheits-Chocoladen-Pulver, Brustmalz-Zucker, Brustmalz-Bonbons usw.** halten stets Lager in Posen die Herren **Gebr. Plessner**, Markt 91., und **Herrmann Dietz**, Wilhelmstr. 26.

Bei dem herannahenden Weihnachtsfeste erlaube ich mir darauf aufmerksam zu machen, daß vorstehende Fabrikate sich zu Weihnachtsgeschenken ganz vorzüglich eignen, und zwar sowohl für Gesunde als für Kranken. D. O.

Angekommene Fremde.

Bom 11. Dezember.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Dobiszewski aus Polen und Graf Gutowski aus Turwia, Maurermeister Sander aus Birke, Probst Lewiatowski aus Margonin, Kaufmann Seliger aus Breslau, Privatier v. Slowinski aus Bromberg, Dr. med. Bendt aus Braunschweig, Fr. Gugot aus Puniq.

HOTEL DU NORD. Rittergutsbesitzer v. Frenzmann nebst Familie aus Radolin, Innkeeper Spilling aus Mirkow, Kaufmann Schomann aus Frankfurt.

BERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Wiesengrund aus Offenbach, Damas aus Stettin, Bernhardt und Brühl aus Breslau, Tünnecke aus Ebersfeld, Goldheim, Assessor Abrens und Assekuranz-Innkeeper Sprengel aus Berlin, Rittergutsbesitzer Baron v. Winterfeld aus Mur. Goslin, Frau Gutsbesitzerin Brix aus Müntow.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Zielberg aus Altena, Herrscher aus Saalfeld, Lutomski aus Königsberg, Balbach und Fabrikant Preiss aus Breslau, Maschinenaufbau aus Wronow, Fräulein Schmidt aus Polen, die Gutsbesitzer Franke aus Wallendorf und Biergut aus Rotenau.

SCHWARZER ADLER. Die Rittergutsbesitzerin Frau v. Bialoszynska aus Pakolewo, Gutsbesitzer Wiliemow aus Konarskie.

MYLIU'S HOTEL DE DRESDEN. Die Kaufleute Bon aus Glauchau, Jacoby und Moser aus Berlin, Kaufmann aus Bromberg, Heilborn aus Breslau, Zimmermann Sperling aus Kietow und Beyer aus Golenczewo, Kommerzienrat Manckopf aus Frankfurt a. M., Oberbürgermeister Della aus Kosten.

HOTEL DE BERLIN. Rittergutsbesitzer Schneider aus Schrot, Frau Mühlensberg-Schwanke nebst Tochter aus Jarocinmühle, Probst Tronkowski aus Obersdorf, Käffir Krebs aus Klenka, Abantageur Tornow aus Bankauermühle, Kaufmann Treitel aus Landsberg a. W.

KEILERS HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Die Kaufleute Cohn und Kempner aus Gräß, Alexander aus Rogosin und Gundt aus Neutomysl, Rabbiner Dr. Jacoby aus Berlin.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Erfahrungsmäßig tritt während der Weihnachtszeit eine sehr bedeutende Steigerung des Postväkerlei-Verkehrs ein. Sowohl werden seitens der Postbehörden die umfassendsten Maßregeln getroffen, um die ordnungsmäßige Expedition der außerordentlich zahlreichen Väckerle-Sendungen sicher zu stellen.

Das Publikum ist indeß im Stande, auch seiner Seite dazu beizutragen, daß jener ungewöhnlich steigende Verkehr plötzlich begünstigt werde, sobald nicht der überwiegend größte Theil jener Sendungen erst in den letzten Tagen bei den Posten zusammentrifft. Es ergibt deshalb an die Väckerle das Erlichen, die Aufgabe der Väckerle mit Weihnachts-Sendungen nicht auf die letzten Tage und die äußersten Fristen hinauszögern, vielmehr in eigenen Interesse und zur Förderung des Gesamtverkehrs auf eine angemessene frühzeitige Abfertigung jener Väckerle-Bedacht zu nehmen.

Zugleich wird empfohlen, daß die Signatur und der Name des Bestimmungsorts auf den Väckerle deutlich und unzweideutig angegeben und etwaige ältere Signaturen, welche sich noch auf der Enthaltung befinden sollten, von derselben entfernt oder wenigstens unkenntlich gemacht werden.

Posen, den 1. December 1866.

Königl. Ober-Post-Direktion.

Schneidermeister und Gesellen können Väckerle zur Anfertigung in der Werkstatt des 1. Niederschlesischen Infanterieregiments Nr. 46 in Empfang nehmen. Das Arbeitslohn pro Tag beträgt 1 Thlr. 5 Sgr. Die Legitimation ist die Karte des Revierkommissarius erforderlich.

Die Bekleidungs-Kommission des 1. Niederschlesischen Infanterie-Regiments Nr. 46.

In dem Konkurs über das Vermögen des Eugen v. Trapczynski, früher zu Grenzow, jetzt zu Lobischin, ist zur Verhandlung und Beschlusshaltung über einen Afford-Termin auf den 19. Dezember

Vormittags 11 Uhr vor dem unterzeichneten Kommissar im biesigen Gerichtsgebäude anberaumt worden. Die Beteiligten werden hier von mit dem Bemerkten in Kenntnis gesetzt, daß alle festgestellten oder vorläufig zugelassenen Forderungen der Konkursgläubiger, soweit für dieselben weder ein Vorrecht noch ein Hypothekenrecht, Pfandrecht oder anderes Abforderungsrecht in Anspruch genommen wird, zur Theilnahme an der Beschlusshaltung über den Afford berechtigen.

Wongrowiec, den 29. November 1866.

Königliches Kreisgericht. Der Kommissar des Konkurses. Beleites.

Nachlaß-Auktion.

Im Auftrage des 1. Kreisgerichts werde ich Mittwoch den 12. Dezember c. von früh 9 Uhr ab im Auktionslokale, Magazinstraße 1,

div. Möbeln, Betten, Wäsche, Kleidungsstücke, — demnächst eine Partie Cigarren und Rothwein

öffentliche meistbietend gegen gleich baare Bahnung versteigern.

Rychlewski, königl. Auktions-Kommissar.

Auktion.

Mittwoch den 12. d. M. früh von 9 Uhr ab werde ich im Auktionslokale **Wronkerstr.** Nr. 4, diverse Möbel, Kleidungsstücke, Schwätzcher, wollene Waaren, mehrere Hundert **Eulen Double**, ferner Gold- und Silberstächen, keine Cigarren, Rum und Rothwein öffentlich versteigern.

Manheimer, 1. Auktionskommisar.

Bekanntmachung. Im Auftrage des biesigen Königlichen Kreisgerichts werde ich im Termine den 21. Dezember c. Vormittags 11 Uhr in Mur. Goëlin: 1 Fuchswallach, 1 Fohlen, 1 Britschke auf Federn, 500 Scheffel Kartoffeln, 1 Büchse, 1 Doppelgemehr, 1 Reptivtrübr, 1 Stammochsen, 3 fette Schweine, 2 Kühe, 1 Wagen mit eisernen Achsen und 1 Jagdschlitten einzufinden.

Das Dominium Gora bei Schrimm beabsichtigt einen Eichenbestand von ca. 30 Morgen zu verkaufen. Zu diesem Zwecke wird eine Licitation den 20. Dezember 1866 im Bureau des Hrn. v. Lisiecki in Schrimm stattfinden.

Freitag, den 14. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, sollen in den Kurkner Forsten (Revier Bielawy)

30 Stück Eichen und 100 Kiefern Bauholz, meistbietend verkauft werden.

Es wird bemerkt, daß die Licitation im Forsthaus stattfinden wird, und wird das gehobte Publikum ersucht, vor Beginn derselben die betreffenden Bau- und Nutzhölzer in Augenschein zu nehmen.

Die Forst-Verwaltung.

Mein in Strzalkowo neben der Coussée belegenes Haus, worin 9 Stuben, Küche und Keller befindlich, nebst Garten und Stallung, ist zum 1. April 1867 zu vermiethen.

E. Schultz, Gutsbesitzer.

Eine Besitzung von 250 Morgen, worunter ca. 60 Morgen gute Wiesen, nebst guten neuen Gebäuden, ist aus freier Hand zu verkaufen. Das Nähere auf der Probstei in Borussyn bei Polajewo.

Ein Bild eines Färbergeschäfts.

Ich bin mit Rücksicht auf mein Alter Willens, mein, seit vielen Jahren im blühenden Betriebe befindliches Färbergeschäft aufzugeben und unter vortheilhaftem Bedingungen zu verkaufen.

Das Grundstück besteht aus einem großen Wohnhause, in welchem gleichzeitig die Färberbetrieb wird, nebst Stallgebäuden und einem, 1 Morgen großen daran stehenden Obstgarten, unmittelbar an dem Obraßflusse gelegen, der seit Jahren als Gesellschaftsgarten von dem biegsamen Bürgervereine benutzt wird.

Dasselbe eignet sich seiner Größe wegen auch zu jeder andern gewerblichen Anlage.

Meierit.

Heinrich Jockisch.

Die Posener Compost-Fabrik ist aus freier Hand zu verkaufen. Näheres im Bureau des Rechtsanwalts **Guttman**.

Die Fallsucht heilbar!

Eine Anweisung, die Fallsucht (Epilepsie) durch ein nicht medizinisches Universal-Heilmittel binnen kurzer Zeit radikal zu beiseiten. Herausgegeben von H. F. Grond.

h. Warendorf in Westphalen. Im Selbstverlage des Herausgebers, 1866, welche gleichzeitig viele Ärzte und Dankesbriefe enthalten, wird auf direkte Franko-Bestellungen vom Herausgeber gratis und franko versandt.

Donnerstag den 13. Dezember

bringe ich wiederum mit dem Nachmittagszug einen großen Transport frischmädelnde Nebrucher Kühe nebst Kälbern in Leislers Hotel zum Verkauf.

J. Klakow, Viehhändler.

Der Bockverkauf

in meiner Vollblut-Negrettiherde beginnt mit dem 15. Dec. d. J.

Kitow, Poststation.

Nächste Eisenbahnstation Wronke.

F. Sperling.

20 Schok 2- bis 3jährige Goldfische

(Cyprinus tinca auratus), à Schok 4 Thlr.

finden jetzt wieder zu haben auf Domin. Bröniwo per Schmiegel. Bahnhof Alt-Bonen.

J. Naurocki, Markt 77.

Depôt von Goldwaaren,

mit 50 % unter dem wirklichen Fabrikpreis,

sollen für ein auswärtiges Haus verkauft werden,

als: **gold**. Brothen von 1½ Thlr. bis zu den feinsten Sorten à 6 Thlr., **goldene** Boutons von 1 Thlr. bis 5 Thlr. per Paar, **goldene** Medaillons von 1 Thlr. bis zu den größten Sorten à 6 Thlr., **massive** goldene Westenketten von 3 und 3½ Dukaten schwer, von 10 Thlr. an. Preis-Courante werden franco eingeliefert.

Sd. Aschheim, Wasserstraße 7.

Ein Billard

mit Gummibanden in sehr gutem Zustande ist zu verkaufen. Das Nähere bei

J. Naurocki, Markt 77.

Avis für Raucher!

Als etwas ganz vorzügliches empfehle ich

meine direkt empfangene importierte

Die erste Berliner Ungar.-Weinhandlung von **Parragh Gábor**, Hausvoigteiplatz Nr. 2., empfiehlt ihre vorzülichen Weiß- und Roth.-Weine, sowie echte Tokayer, Ruster u. Münster-Ansbruch, zu den billigsten Preisen.

Pierwszy handel berliński
wina węgierskiego Parragh
Gábora w Berlinie przy placu
Hausvogtei pod Nr. 2. poleca swoje
wyborne wina biale i czerwone,
tudzież prawdziwa esencja tokaj-
szka, rusterska i ménészesa
po cenach najtańszych.

Ausverkauf

zum Eintagspreise!
1000 Flaschen Rheinwein à 9 Sgr.,
1500 à 11
1500 à 20
Posten unter 6 fl. werden nicht verkauft.

C. J. Gleinow & Co.

St. Martin 31, 1 Tr.

Grünk. zuckerl. Weintrauben, sowie fr. fette Kiefer Sprössen und feinste delikate Spezialitäten empf. bill. **Kletschoff.**

Königsberger Rand-Marzipan empfiehlt

S. Sobeski,

Wilhelmsplatz Nr. 3, Hôtel du Nord.
Frische Aufzehrung von schönen Borsdorff. Stettin. und wäsch. Wein-Apfeln und süßen Rosmarin-Birnen, ebenso neue helle Wallnüsse, Lammert's u. amerik. Para-Nüsse empf. bill. **Kletschoff.** Krämerstr. 1.

Feinsten Lübecker Marzipan in Cartons und ausgewogen empfehlen

W. F. Meyer & Co.
Wilhelmsplatz Nr. 2.

Bestellungen zu den Festtagen auf

Seefische, Wild u. Gemüse nimmt entgegen die Delikatessen-Handlung

von **F. Fromm,**
Sapiehavplatz 7.

Erbalten
Hamburger Maisgries,
enthüllte Erbsen,
geschältes Obst,
vorzügliche Catharininen,
beste türkische Pflanzen,
helle französische Wallnüsse,
neue runde Lammertsnüsse,
blauen und weißen Mohn,
solcher wird auch zu jeder Zeit gemahlen in der Borkofthandlung von **Moritz Briske** Wwe.

Es wird von 1 auch 2 Dominen die Milch vom 1. Jan. 1867 zu kaufen gesucht. Näheres bei **M. Maßbach**, Wilhelmsstr. 17.

Frische abgezogene Hosen à 17 Sgr. empfiehlt **Isidor Busch.**

Königl. Preuß. Lotterie-Loose zur bevorstehenden ersten Klasse am 9. Januar für 18½ Th. 9½ Th. 4½ Th. 2½ Th.

1½ Th. 20 Sgr. 10 Sgr.

verkauft und verendet, alles auf gedruckten Antuschreiben, gegen Postvorschuss oder Einladung des Betrages

die Staats-Effekten-Handlung von **M. Meyer** in Stettin.

In letzter Lotterie fielen in obiges Débit 15,000 auf Nr. 56,199.

Wilhelmsstraße 26, vis-à-vis der Post sind Verstellungen und Remisen zu verm.

Eine freundl. möbl. Stube zu vermieten Bäckerstr. 13 b. Part. links.

Kl. Gerberstraße Nr. 9. sind 2 Stuben und Küche re. part. vom 1. Januar ab zu verm.

Schifferstr. 20. Part. rechts ist eine möbl. Stube vom 1. Januar l. J. ab zu vermieten.

Eine große herrschaftliche Wohnung ist gleich mit oder ohne Möbel, auch geteilt zu vermieten. Näheres bei

Frau Domänenkönigin **A. Mendel**,

Wilhelmsplatz 16.

Halbdorffstr. 29/30. eine Mittelwohn. b. z. verm.

Ein freundlich möbliertes großes Zimmer

vornheraus ist zu vermieten St. Adalbert 41.

und 42. 3 Treppen links.

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 11. Dezember 1866. (Wolff's telegr. Bureau.)

Not. v. 10. v. 8.

Roggen, flau.

Dezbr.-Jan. 56½ 56½ 56½

April-Mai 53½ 53½ 53½

Spiritus, flau.

Dezbr.-Jan. 15½ 16 16

April-Mai 16½ 16½ 16½

Möbel, behauptet.

Dezbr.-Jan. 12½ 12½ 12½

April-Mai 12½ 12½ 12½

Kanalliste: 429 Wspel Roggen.

Not. v. 10.

Weizen, flüsse.

Dezbr.-Jan. 81½ 81½ 81½

Frühjahr 1867. 83½ 83½ 83½

May-Juni 1867. 84 84 84

Roggen, unverändert.

Dezbr.-Jan. 54½ 54½ 54½

Frühjahr 1867. 53½ 53½ 53½

May-Juni 1867. 53½ 53½ 53½

Kanalliste: 429 Wspel Roggen.

Not. v. 10.

Rüböl, matt.

Dezbr.-Jan. 12½ 12½ 12½

April-Mai 12½ 12½ 12½

Spiritus, behauptet.

Dezbr.-Jan. 15½ 15½ 15½

Frühjahr 1867. 16½ 16½ 16½

May-Juni 1867. 16½ 16½ 16½

Kanalliste: 429 Wspel Rüböl.

Not. v. 10.

Weizen, flüsse.

Dezbr.-Jan. 81½ 81½ 81½

Frühjahr 1867. 83½ 83½ 83½

May-Juni 1867. 84 84 84

Roggen, unverändert.

Dezbr.-Jan. 54½ 54½ 54½

Frühjahr 1867. 53½ 53½ 53½

May-Juni 1867. 53½ 53½ 53½

Kanalliste: 429 Wspel Weizen.

Not. v. 10.

Rüböl, matt.

Dezbr.-Jan. 12½ 12½ 12½

April-Mai 12½ 12½ 12½

Spiritus, behauptet.

Dezbr.-Jan. 15½ 15½ 15½

Frühjahr 1867. 16½ 16½ 16½

May-Juni 1867. 16½ 16½ 16½

Kanalliste: 429 Wspel Rüböl.

Not. v. 10.

Weizen, flüsse.

Dezbr.-Jan. 81½ 81½ 81½

Frühjahr 1867. 83½ 83½ 83½

May-Juni 1867. 84 84 84

Roggen, unverändert.

Dezbr.-Jan. 54½ 54½ 54½

Frühjahr 1867. 53½ 53½ 53½

May-Juni 1867. 53½ 53½ 53½

Kanalliste: 429 Wspel Roggen.

Not. v. 10.

Rüböl, matt.

Dezbr.-Jan. 12½ 12½ 12½

April-Mai 12½ 12½ 12½

Spiritus, behauptet.

Dezbr.-Jan. 15½ 15½ 15½

Frühjahr 1867. 16½ 16½ 16½

May-Juni 1867. 16½ 16½ 16½

Kanalliste: 429 Wspel Weizen.

Not. v. 10.

Rüböl, matt.

Dezbr.-Jan. 12½ 12½ 12½

April-Mai 12½ 12½ 12½

Spiritus, behauptet.

Dezbr.-Jan. 15½ 15½ 15½

Frühjahr 1867. 16½ 16½ 16½

May-Juni 1867. 16½ 16½ 16½

Kanalliste: 429 Wspel Rüböl.

Not. v. 10.

Weizen, flüsse.

Dezbr.-Jan. 81½ 81½ 81½

Frühjahr 1867. 83½ 83½ 83½

May-Juni 1867. 84 84 84

Roggen, unverändert.

Dezbr.-Jan. 54½ 54½ 54½

Frühjahr 1867. 53½ 53½ 53½

May-Juni 1867. 53½ 53½ 53½

Kanalliste: 429 Wspel Roggen.

Not. v. 10.

Rüböl, matt.

Dezbr.-Jan. 12½ 12½ 12½

April-Mai 12½ 12½ 12½

Spiritus, behauptet.

Dezbr.-Jan. 15½ 15½ 15½

Frühjahr 1867. 16½ 16½ 16½

May-Juni 1867. 16½ 16½ 16½

Kanalliste: 429 Wspel Weizen.

Not. v. 10.

Rüböl, matt.

Dezbr.-Jan. 12½ 12½ 12½

April-Mai 12½ 12½ 12½

Spiritus, behauptet.

Dezbr.-Jan. 15½ 15½ 15½

Frühjahr 1867. 16½ 16½ 16½

May-Juni 1867. 16½ 16½ 16½

Kanalliste: 429 Wspel Rüböl.

Not. v. 10.

Weizen, flüsse.

Dezbr.-Jan. 81½ 81½ 81½

Frühjahr 1867. 83½ 83½ 83½

May-Juni 1

Mehl. Weizenmehl Nr. 0. 54-1 R., Nr. 0. u. 1. 54-5 R., Roggenmehl Nr. 0. 44-48 R., Nr. 0. und 1. 44-34 R. b. pr. Et. unverändert. Bei neuerdings gewichenen Preisen vernachlässigt. (B. H. B.)

Stettin, 10. Dezbr. An der Börse. [Amtlicher Börsenbericht.] Wetter: Trübe, Nachts und Morgens starker Schneefall, später Regen, + 3° R. Barometer: 27.7. Wind: SW.

Weizen wenig verändert, lolo p. 80 Pf. gelber 77-83 R., geringer 68-74 R., 83-85 Pf. gelber pr. Dezbr. 81 R. b., Frühjahr 83 R., 1 R. b.

Roggen stille, p. 2000 Pf. lolo 53-55 R., pr. Dezbr. 54 R. Br., Dezbr. Jan. 54 R. nominell, Frühjahr 53 R. Br., 53 R. b.

Gerste und Hafer unverändert.

Erbsen, lolo Futter 50-54 R. b., grüne 54 R.

Rübel matt, lolo 12 R. Br., pr. Dezbr. 12 R. b., Dezbr. Jan.

Jan.-Febr., Febr.-März 12 R. Br., April-Mai 11 R. b.

Spiritus fester, gef. 10,000 Quart, lolo 15 R. Br., 15 R. b., pr.

Dezbr. 15 R. b., u. Gd., Dezbr. Jan. 15 R. b., Jan.-Febr. 15 R. b., April-Mai 16 R. b., u. Gd.

Bink 6 R. 16 Sgr. b.

Angemeldet: 10,000 Quart Spiritus.

Leinsamen, Bernauer ex Schiff 12 R. b., u. Gd., pr. Febr. 13 R. b.

Rt. Rigaer ex Schiff 10 R. b., 11 R. geford.

Hering, schott. Iblen 10 R. tr. b.

(Ostf.-Btg.)

Breslau, 10. Dezbr. [Produktenmarkt.] Die Getreide-Befuhren waren am heutigen Marte nur von unwesentlichem Umfang und blieb demzufolge der Geschäftsvorkehr ruhig, Preise im Allgemeinen wenig verändert.

Weizen wurde schwach beachtet, wir notiren p. 84 Pf. weißer 83-96

Sgr., gelber 82-85-90 Sgr., feinst über Notiz.

Roggen zeigte sich preisbehaltend, wir notiren p. 84 Pf. 65-68 Sgr.

Gerste fand ruhige Frage, wir notiren p. 74 Pf. 49-52-55 Sgr.,

feine weiße Qualitäten werden mit 58-60 Sgr. bezahlt.

Hafer war preisbehaltend, wir notiren p. 50 Pf. 31-34 Sgr.

Hülfenfrüchte, Kocherbsen gefragt, 65-72 Sgr., Futtererbsen fand gute Frage, a 55-62 Sgr. p. 90 Pf.

Wicken beachtet, p. 90 Pf. 53-60 Sgr., feinst über Notiz.

Bohnen p. 90 Pf. 70-95 Sgr., feinst über Notiz.

Lupinen schwach beachtet, p. 90 Pf. gelbe 46-50 Sgr.

Buchweizen p. 70 Pf. 40-45 Sgr. nominell.

Deltaaten beibehalten matte Stimmung, wir notiren p. 150 Pf. Br.

Winterrüben 178-192 Sgr., Winteraps s. d. 198-210 Sgr., galizischer 178-198 Sgr., Sommerrüben 152-172 Sgr., Leindotter 150-170 Sgr. bezahlt.

Schlaglein blieb schwach beachtet, wir notiren p. 150 Pf. Br.

5-6-6 R. R., feinst über Notiz bezahlt.

Hanfsamen offerirt, p. 60 Pf. a 46-48 Sgr.

Rapsfischen blieben gefragt, a 51-53 Sgr. p. Et.

Kleesaat rot wurde in den zugeführten besseren Qualitäten beachtet und zu leichten Preisen aus dem Markt genommen, mittlere Gattungen blieben schwer verkäuflich, wir notiren alte Ware 12 R. 14-16 R., neue Ware 16 R. 18 R. R., feinst über Notiz, weiß wurde zu unveränderten Preisen bei schleppendem Geschäft gehandelt, wir notiren 18-27 R., für feine Qualität ist darüber zu bedingen.

Thymothee 11-12-13 R. p. Et.

Kartoffeln beachtet, a 28-40 Sgr. p. Sac a 150 Pf.

Breslau, 10. Dezbr. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat rote, stiel, ordin. 12-13, mittel 13 R. 14 R., fein 16-18, hoch 18 R. 19. Kleesaat weise, ruhig, ordin. 18-20, mittel 22-23, fein 25-27, hoch 28-29.

Fonds- u. Aktienbörsen.

Berlin, den 10. Dezember 1866.

Prenzische Fonds.

Freiherrliche Anleihe 4 R. 98 R. b.

Staats-Anl. 1859 5 103 R. b.

do. 54, 55, 57 4 R. 98 R. b.

do. 56, 1859 4 R. 98 R. b.

do. 1864 4 R. 98 R. b.

do. 50, 52 conv. 4 R. 89 R. b.

do. 1853 4 R. 89 R. b.

do. 1862 4 R. 89 R. b.

Präm. St. Anl. 1855 3 R. 119 R. b.

Staats-Schuldch. 3 R. 84 R. b.

Kur-u-Neum. Schuldch. 3 R. —

Berl. Stadt-Dobl. 5 103 R. b.

Berl. Stadt-Dobl. 4 R. 98 R. b.

do. do.

Berl. Börsen-Dobl. 5 3 R. 82 R. b.

Kur. u. Neu. 3 R. 78 R. b.

Märkische 4 R. 88 R. b.

Ostpreußische 3 R. 78 R. b.

do. 4 R. 85 R. B. 4% 92 R.

Pommersche 3 R. 79 R. B. [G]

do. neue 4 R. 89 R. B.

Posenche 4 R. —

do. 3 R. —

do. neue 4 R. 88 R. b.

Schlesische 3 R. 86 R. b.

do. Litt. A. 3 R. 94 R. b.

Westpreußische 3 R. 77 R. b.

do. 4 R. 85 R. b.

do. neue 4 R. —

do. 3 R. 92 R. b.

Kur-u-Neumärk. 4 R. 90 R. b.

Pommersche 4 R. 90 R. b.

Posenche 4 R. 88 R. b.

Preußische 4 R. 90 R. b.

Reichs-Westf. 4 R. 94 R. b.

Sächsische 4 R. 91 R. b.

Schlesische 4 R. 91 R. b.

Die Börse ist überaus still und abgepannt, kein einziges Papier tritt lebhaft auf; nur in Nordbahn fand einiges Geschäft statt. Die Haltung der Kurse war ziemlich fest, aber nirgend zeigt sich ein Impuls zu regerer Tätigkeit. Amerikaner waren höher, aber auch unbelebt; Russen waren matter; Italiener und Ostreichner schwach behauptet. Preußische Bonds in schwachem Verkehr.

Breslau, 10. Dezember. Börse ziemlich seit bei geringem Geschäft und wenig veränderten Kursen. Nur Amerikaner & Proc. theurer in lebhaftem Umsatz.

Abguskurse. Oestreich. Kredit-Bank 107 R. G. Destr. Loos 1860 62 R. G. dito 1864 38 R. B. dito neue Silberanleihe A. — Amerikaner 76 R. b. u. B. Schles. Bank-Verein 113 R. b. u. G. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Aktien 142 R. G. dito Prior. Oblig. 88 R. G. dito Prior. Oblig. Lit. D. 93 R. G. dito Prior. Oblig. Lit. E. 93 R. G. Köln-Mindener Prior. 4 Em. — dito 5 Em. — Neisse-Brieger — Oberhohes. Lit. A. u. C. 175 R. G. dito Lit. B. — dito Prior. Oblig. 88 R. G. dito Prior. Oblig. 93 R. G. dito Prior. Oblig. Lit. E. 79 R. Oppeln-Tarnowitzer — Kosel-Oderb. 51 R. b. u. G. dito Prior. Oblig. — Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 80 R. B. Oestreichische neue Banknoten — Russische Banknoten — Warschau-Wien — Minerva-Vergewerks-Aktien —

Frankfurt a. M., 8. Dezember. [Börsenbericht.] Matt für österreichische, günstig für amerikanische

Fonds". In diesen Worten ist ein gedrängter Bericht der verloßenen Börsenwoche enthalten. Die flache und ge-

drückte Haltung des Wiener Marktes konnte ihren Einfluss auf den unfreien nicht verfehlten, während Amerikaner auf niedriges New Yorker Goldagio und feste Londoner Kurse langsam aber beständig und ruhig (was einer plötzlichen Hause bei Weitem vorzuzeichnen) stiegen. Im Übrigen war in verloßener Woche das Geschäft durch große Leb-

haftigkeit gekennzeichnet.

Destr. Kreditaktien 137-135 R., 1860er Loos 63 R. 62 R., 1864er Loos 66-67, Kreditloose 119 der nahen

Ziehung halber gefragt, National 50 R. — Engl. Metall. v. J. 1859 59-58 R., Bankaktien 651-648.

6% Amerikaner von 74 R. bis 75 R. umgesetzt. Sowohl für Kapitalsanlage als Spekulation wurde viel ge-

kauf. Prämien Ende dies. 4%, Ende Januar 1%.

Sämtliche Prioritäten weichend und angeboten in Folge der Emission der neuen Lombardischen Bons.

Staatsbahn 48-47, Lombard. 44 R. 43 R., Voroneger 32 R. 31 R., Darmstädter Bank 211, Bayr. Ostbahn 116.

Für süddeutsche Börsen erhält sich die Kauflust, doch schlecht die Woche etwas matter Bayr. Grundrenten

90 R. 91 R. 92 R. Württemberger 82 R. 4% Ladenber 88 R., Bayr. Prämienanleihe 95 R. für Berlin gekauft, 41/2%

Preußen 92 R. Preu. Prämien-Anleihe 120-119 R.

Wechsel gesucht mit Ausnahme von Wien, das fortwährend angeboten bleibt, 91 R. 91 R., London 118 R.

Amsterdam 100 R., Paris 94 R., Amerik. Goldkupons per Januar 2, 24, Nationalkupons 28, 22.

Bonner Kupons: neue Mainländer 10-R. Kupons 28, 26, Freiburger 5, 3, Augsburger 5, 6, Neuschateler 5, Schwed. 9 R., Badische 51 R., Kurhessische 53 R., Nassauer 35 R. 36.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. M. M. Joachim in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.

8

Roggen (p. 2000 Pf.) höher, pr. Dezbr. 52 R. Gd., Dezbr. Jan. 51 R.

bz., April-Mai 49 R. Br. u. Gd., Mai-Juni 49 R. bz.

Weizen pr. Dezember 72 R.

Gerste pr. Dezember 48 R. Br.

Hafer pr. Dezember 43 R. Br.

Raps pr. Dezember 97 R. Br.

Rübel matt, lolo 12 R. Br., pr. Dezbr. 12 R. 12 R. b., Dezbr. Jan.

Jan.-Febr., Febr.-März 12 R. Br., April-Mai 11 R. b.

Spiritus fester, gef. 10,000 Quart, lolo 15 R. Br., 15 R. b., pr.

Dezbr. Jan. 15 R. b., Frühjahr 16 R. Gd.

Angemeldet: 10,000 Quart Spiritus.

Leinsamen, Bernauer ex Schiff 12 R. b., u. Gd., pr. Febr. 13 R. b.

Rt. Rigaer ex Schiff 10 R. b., 11 R. geford.

(Ostf.-Btg.)

Breslau, 10. Dezbr. [Produktenmarkt.] Die Getreide-Befuhren waren am heutigen Marte nur von unwesentlichem Umfang und blieb demzufolge der Geschäftsvorkehr ruhig, Preise im Allgemeinen wenig verändert.

Weizen wurde schwach beachtet, wir notiren p. 84 Pf. weißer 83-96

Sgr., gelber 82-85-90 Sgr., feinst über Notiz.

Roggen zeigte sich preisbehaltend, wir notiren p. 84 Pf. 65-68 Sgr.

Gerste fand ruhige Frage, wir notiren p. 74 Pf. 49-52-55 Sgr.,

feine weiße Qualitäten werden mit 58-60 Sgr. bezahlt.

</div